

LANDESPROGRAMM JUGENDSOZIALARBEIT AN BERLINER SCHULEN

JAHRESBERICHT 2025



Im Auftrag der Senatsverwaltung für
Bildung, Jugend und Familie (SenBJF)



Hinweis: Im Jahresbericht werden gemäß Vorgabe der SenBJF die weibliche und männliche Person ausgeschrieben, sofern keine neutrale Bezeichnung möglich ist. Dies soll weder Menschen ausschließen noch benachteiligen, sondern weiterhin allen Geschlechtern und Identitäten gerecht werden. Zitate und Eigennamen werden wie im Original übernommen.

Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen

gefördert von:



umgesetzt von:

Stiftung SPI
Programmagentur Jugend-
sozialarbeit an Berliner Schulen



Inhalt

01

Vorwort

02

Daten und Fakten

03

Programmschwerpunkte

04

Rechtsextremismusprävention

05

Erziehungs- und Bildungspartnerschaft

06

Unterstützung mentaler Gesundheit

07

Prävention von Mediensucht

08

Fazit



Mit dem vorliegenden Jahresbericht blicken wir auf das Programmjahr 2025 zurück. Wir laden Sie ein, tiefere Einsicht in die vielfältige und engagierte Praxis der sozialpädagogischen Arbeit im Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ zu gewinnen.

Vorangestellt sei, dass das Landesprogramm in bewährter Form und in seinem vollen Umfang fortgeführt werden konnte. Der Projektbestand sowie die etablierten programmatischen Qualitätsstandards der schulbezogenen Jugendsozialarbeit (§ 5b SchulG) wurden beibehalten und somit gestärkt. Dies wird auch durch die bewusst getroffene Entscheidung der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie unterstrichen, bestehende Projekte des Landesprogramms gezielt durch finanzielle Mittel des Startchancen-Programms [1] zu stärken – fokussiert auf Schulen mit einem hohen Anteil sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler. Die erfolgreiche Verknüpfung beider Programme startete im November 2025. Bis zum Jahresende 2025 konnten bereits 17 Schulen von dieser zusätzlichen personellen Ressource profitieren und ihre Arbeit vor Ort intensivieren. Eine weitergehende Berichterstattung erfolgt aufgrund des kurzen Zeitbezugs im kommenden Jahresbericht.

Unter Berücksichtigung der Aspekte gesellschaftliche Treiber, schulstrukturelle Faktoren und individuelle Problemlagen bleiben die Herausforderungen an den bestehenden Schul- und Projektstandorten vielschichtig angelegt. Die sozialpädagogischen Fachkräfte und die Akteurinnen und Akteure sind an über 630 Schulstandorten tätig und vermitteln durch ihre Sachberichte und in den miteinander geführten Auswertungsgesprächen [2] ein umfassendes Bild ihrer täglichen Arbeit. Daraus hat die Programmagentur gemeinsam mit der Auftraggeberin drei Themenschwerpunkte abgeleitet, die in diesem Bericht im Fokus stehen:

- **Rechtsextremismus- und Radikalisierungsprävention**
- **Bildungs- und Erziehungspartnerschaften**
- **Mentale Gesundheit unter Einbezug der Mediensucht**

Diese drei Themenbereiche spiegeln sowohl gesamtgesellschaftliche Dynamiken als auch die konkrete Lebensrealität von Schülerinnen, Schülern, deren Eltern und der Schulgemeinschaft wider. Sie erfordern adressatenbezogene sowie bedarfsgerechte Unterstützungsangebote.

Die Unterstützung von Kindern und Familien mit Flucht- und Migrationshintergrund wird dabei in den genannten Themenfeldern als Querschnittsthema mitgedacht und darüber berichtet. Die Auswertung der übermittelten Sachberichte und geführten Auswertungsgespräche verdeutlichen: Den sozialpädagogischen Fachkräften – i. d. R. im Zusammenspiel mit den kooperierenden Tandem-Lehrkräften (und an Grundschulen zusätzlich mit einer Erzieherin oder einem Erzieher im Tridem) - und multiprofessionellen Teams ist es nach deren eigener Einschätzung gut gelungen, verlässliche Anlaufstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern in den Schulen zu sein.

Diese positive Selbsteinschätzung der sozialpädagogischen Fachkräfte [3] hängt sicherlich auch mit den verlässlichen Rahmenbedingungen des Landesprogramms zusammen: Eine verbindliche Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe, getragen von gemeinsamen Zielen, starken Netzwerken – wie der bewährten Tandem- bzw. Tridem-Konstellation – und die flankierende programminterne Fortbildung, die den Wissenstransfer und den fachlichen Austausch der multiprofessionellen Teams bedarfsorientiert aufgreift und unterstützt. Diese ineinandergreifenden Gelingensbedingungen sind langjährig etabliert und sukzessiv bedarfsorientiert geschärft worden. Auch der Rückblick auf das Jahr 2025 lässt den Schluss zu, dass sich das Landesprogramm zu einem bedeutsamen Bestandteil des Berliner Bildungssystems entwickelt hat.

Um dies in seiner Vielseitigkeit objektiv und systematisch bewerten zu können, wird das Landesprogramm durch Prof. Dr. Karsten Speck und sein wissenschaftliches Team der Universität Oldenburg im Auftrag der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie evaluiert. Dazu fanden im Jahr 2025 u. a. zahlreiche und umfassende Gruppeninterviews mit Schlüsselakteurinnen und -akteuren aus den Bereichen Schule, Jugendhilfe und Verwaltung statt. An dieser Stelle gilt allen daran aktiv Mitwirkenden ein gesonderter herzlicher Dank für das gezeigte Engagement. Selbstverständlich wurde zur Evaluation, den Arbeitsständen und den jeweiligen Teilabschnitten im Beirat des Landesprogramms regelmäßig berichtet. Der finale Evaluationsbericht samt Ergebnissen ist für das letzte Quartal 2026 avisiert.

Nach einem kurzen Ausblick folgt nun der Einblick in das kooperative Wirken und Handeln der schulbezogenen Jugendsozialarbeit im Jahr 2025, das im Landesprogramm von Beginn an gemeinsam mit anerkannten Trägern der Kinder- und Jugendhilfe realisiert wird. Dazu wünschen wir Ihnen eine informative und inspirierende Lektüre!





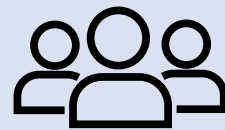
Das erfolgreich etablierte Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) wurde im Jahr 2006 gestartet und über die Jahre sukzessiv ausgebaut. Die schulbezogene Jugendsozialarbeit des Programms wird in Kooperation mit anerkannten Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe realisiert. Es bietet eine wichtige Ressource und ist kriteriengestützt größtenteils an den öffentlichen allgemeinbildenden Berliner Schulen verankert.



638 Schulen¹

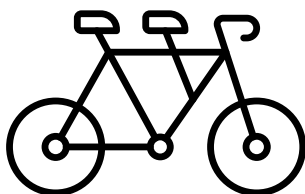


82 Träger



1.152 Fachkräfte

Zentrale Bedeutung: Schule und Jugendhilfe kooperieren intensiv und systematisch im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung **gemäß Leitbild** für die Entwicklung und den Schulerfolg der Kinder und Jugendlichen. Das Landesprogramm setzt einen festen fachlichen und organisatorischen Rahmen.



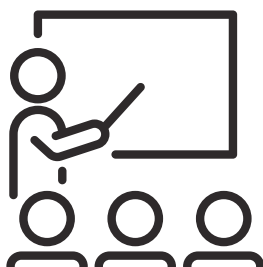
verbindliche multiprofessionelle Zusammenarbeit von Tandems und Tridems (an Grundschulen)



abgestimmtes Konzept, jährliche Zielvereinbarung und regelmäßige Auswertungsgespräche



unbefristete Kooperationsverträge zwischen Träger und Schule



gemeinsame programminterne Fortbildung



Finanzierung von Personal- und Sachkosten der Träger



Programmagentur der Stiftung SPI zur fachlichen Beratung und organisatorischen Umsetzung



FACHLICHE EXPERTISE DES LANDESPROGRAMMS

Grundlage des Landesprogramms sind klare Vorgaben zur Zusammenarbeit zwischen Schule und Träger im Sinne der bestmöglichen Förderung von jungen Menschen: Hierzu zählen die unter „Daten und Fakten“ genannten Qualitätsstandards wie ein gemeinsamer Kooperationsvertrag zwischen Schule und Träger, ein gemeinsames Konzept inkl. abgestimmter Ziele, das Tandem/Tridem-Prinzip (bestehend aus Schulsozialarbeit, Lehrkraft und an Grundschulen zusätzlich aus einer Erzieherin oder einem Erzieher) sowie regelmäßige programminterne Fortbildungen.

Die umsetzenden Fachkräfte und Träger bringen eine hohe Expertise und Themenvielfalt im Bereich Jugendhilfe in die Schulen und bereichern den schulischen Alltag. Um den hohen Fachkräftebedarf im Landesprogramm zu sichern, können Quereinsteigende eine berufsbegleitende Weiterbildung ([Zertifikatskurs Quereinstieg](#)) zum Einsatz an den Programmschulen absolvieren.

QUALITÄTSSICHERUNG DURCH DIE TRÄGER

Durch die Umsetzung der Schulsozialarbeit durch freie Träger in Berlin ergibt sich ein hoher fachlicher Standard, der sich positiv auf die Fachkräfte und somit auch auf das Landesprogramm auswirkt.

Dazu zählen unter anderem:



UNABHÄNGIGKEIT

Da sie fachlich unabhängig von Schulen und ihre Angebote freiwillig sind, werden Schulsozialarbeitende als neutrale Ansprechpersonen wahrgenommen, die zwischen Familien und Schule vermitteln und eine vertrauensvolle Beziehung zu den Schülerinnen und Schülern aufbauen können.



FLEXIBILITÄT

Freie Träger können schnell auf Veränderungen reagieren und ihre Angebote an die aktuellen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen und der Schule anpassen bzw. Stellen bei Vakanzen nachbesetzen.



EINBINDUNG

Durch regelmäßige Teamsitzungen, trägerinterne Fortbildungen und Fachtage sowie regelmäßige Supervision sorgen die Träger für die persönliche Weiterentwicklung und mentale Gesundheit der Fachkräfte, was wiederum ihre Bindung an den Träger und dadurch auch an den Arbeitsort Schule stärkt.



KOMPETENZ

Durch das große fachliche und theoretische Wissen und relevante eigene Angebote der Träger werden Synergieeffekte erzielt und Schulstandorte können davon für ihre eigene konzeptionelle Arbeit nachweislich profitieren. Die Fachkräfte haben mit dem Träger jemanden an der Seite, der sie fachlich berät und in Einzelfällen begleitet, z. B. mit der trägereigenen IseF. [2]



VERNETZUNG

Träger der Schulsozialarbeit sind oft Teil eines größeren Netzwerks von Jugendhilfeeinrichtungen, was eine umfassende Unterstützung für Kinder, Jugendliche und Eltern ermöglicht. Sie sind in regionalen und fachbezogenen Gremien wie der AG 78 vertreten.



KONTINUITÄT

Auch bei Personalwechseln sowohl auf schulischer- als auch auf sozialpädagogischer Ebene, stellt der Träger eine Kontinuität dar, leitet neue Personen an und kann die sozialpädagogischen Ziele unabhängig von Personen weitertragen.



Ein weiterer Qualitätsstandard im Landesprogramm ist das Tandem/Tridem-Prinzip. Die wichtigsten Fakten zu dieser Komponente im Bereich der gelebten Kooperation in der pädagogischen Praxis erfahren Sie in den folgenden Punkten.

Tandem/Tridem als Qualitätsstandard

- **unterstützt die systematische Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe im Landesprogramm** (§ 5b SchulG Berlin)
- kennzeichnet die schulbezogene Jugendsozialarbeit als eigenständiges Angebot, das eng mit Schule kooperiert
- ist ein **Qualitätsstandard** zur verbindlichen innerschulischen Kooperation und in der **Kooperationsvereinbarung** zwischen Träger und Schule **verankert**



Was ist ein Tandem/Tridem?

- Ein **Tandem** besteht in der Regel aus einer **Lehrkraft und der sozialpädagogischen Fachkraft** aus dem Landesprogramm
- **Tridems** bestehen an Grundschulen aus Erzieherin/Erzieher, Lehrkraft und sozialpädagogischer Fachkraft
- **Schulleitung** und **Träger** unterstützen die Tandems/Tridems in ihrer Arbeit

Programminterne Fortbildung

- **bedarfsorientiertes Fortbildungs- und Vernetzungsangebot** für alle Tandems/Tridems
- **gemeinsame Qualifizierung** in relevanten Themenfeldern und Transfer der Inhalte an den Schulstandorten
- **jährliche Teilnahme** im Tandem/Tridem an drei Veranstaltungen ist **verpflichtend**
- ausgerichtet vom Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (**SFBB**) und dem Berliner Landesinstitut für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen (**BLiQ**)



Wirkung

- engere **Verzahnung schulischer und sozialpädagogischer Arbeit**
- **stärkt die strukturelle Verankerung** der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe
- Festigung als **multiprofessionelles Team** durch Austausch im Tandem/Tridem und als Sprachrohr in das Kollegium
- **erfolgreiche professionsübergreifende Wissensvermittlung** im Rahmen der programminternen Fortbildung mit insgesamt **58 durchgeführten Veranstaltungen** zu unterschiedlichen Themen

Umsetzung in der Praxis

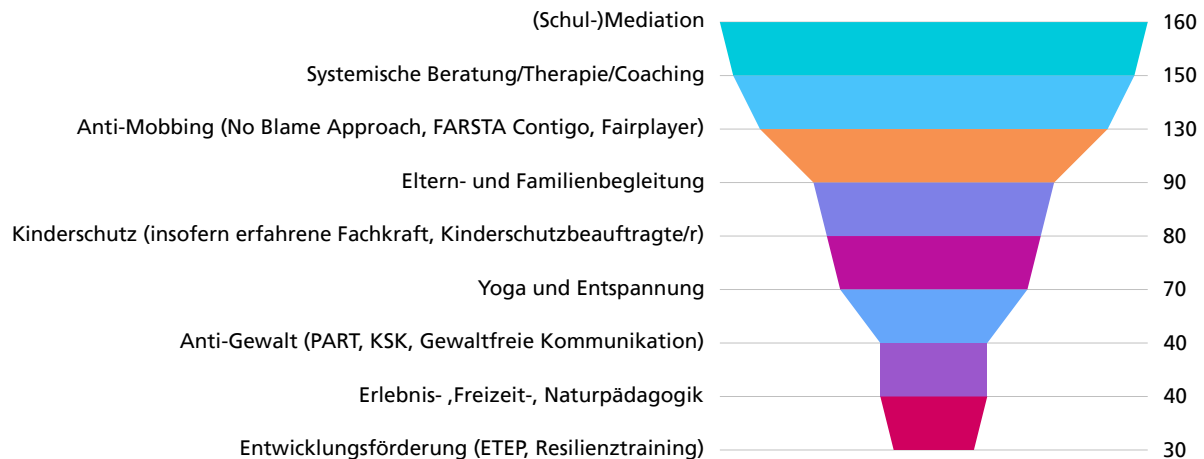
- gemeinsame **Arbeitsstruktur** und **regelmäßige Reflexion**
- gemeinsame Abstimmung und **Umsetzung der Jahresziele**
- **Einbindung in innerschulische Arbeitsstrukturen** und Gremienarbeit
- Verknüpfung mit **Entwicklungsthemen der Schule**





ZUSATZKOMPETENZEN DER FACHKRÄFTE

Die sozialpädagogischen Fachkräfte des Landesprogramms weisen vielfältige und vielseitige Zusatzqualifikationen auf, die ihre Arbeit bereichern, wie aus der Auswertung aus dem Jahr 2025 hervorgeht. Dargestellt ist hier eine Auswahl (die absoluten Zahlen beziehen sich auf die Nennungen pro Projekt und nicht pro Fachkräfte, n = 836).



ZERTIFIKATSKURS QUEREINSTIEG

Durch den berufsbegleitenden Zertifikatskurs zum Quereinstieg in die Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen wird sichergestellt, dass Beschäftigte, die keine vollumfängliche sozialpädagogische Ausbildung mitbringen, gezielt in dem Feld Schulsozialarbeit geschult werden. Seit dem Jahr 2020 werden jährlich Kurse zum Quereinstieg angeboten. Im Jahr 2025 hat ein Kurs stattgefunden. Der einjährige Kurs richtet sich ausschließlich an Beschäftigte freier Träger der Jugendhilfe, die im Landesprogramm „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ tätig sind und ist für diese kostenneutral.

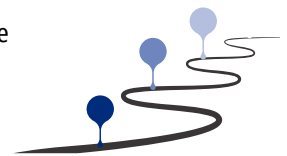
Umfasst 300 Stunden in Form von:

- Präsenzzeit (ca. 26 Seminartage mit jeweils 8 Unterrichtseinheiten, insgesamt 208 Stunden)
- Interventionsgruppen (10 Treffen à 2 Stunden, insgesamt 20 Stunden)
- Selbstlernzeit (Vorbereitung, Nacharbeit, Erstellung einer Abschlussarbeit, insgesamt 72 Stunden)

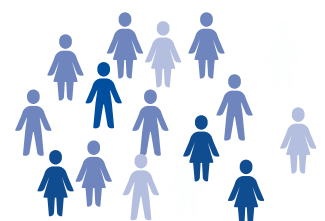


Etabliert seit dem Jahr 2020:

- bisher 7 Kurse abgeschlossen, 8. Durchgang läuft
- weitere Kurse sind geplant
- bisher ca. 150 Teilnehmende



Die beruflichen Qualifikationen der Teilnehmenden sind breit gefächert. Mit Abstand am häufigsten besuchen staatlich anerkannte Erzieherinnen und Erzieher den Zertifikatskurs, gefolgt von Absolvierenden geisteswissenschaftlicher Studienfächer wie Soziologie, Politikwissenschaft, Literaturwissenschaft, Kulturwissenschaft, Theaterwissenschaft etc.



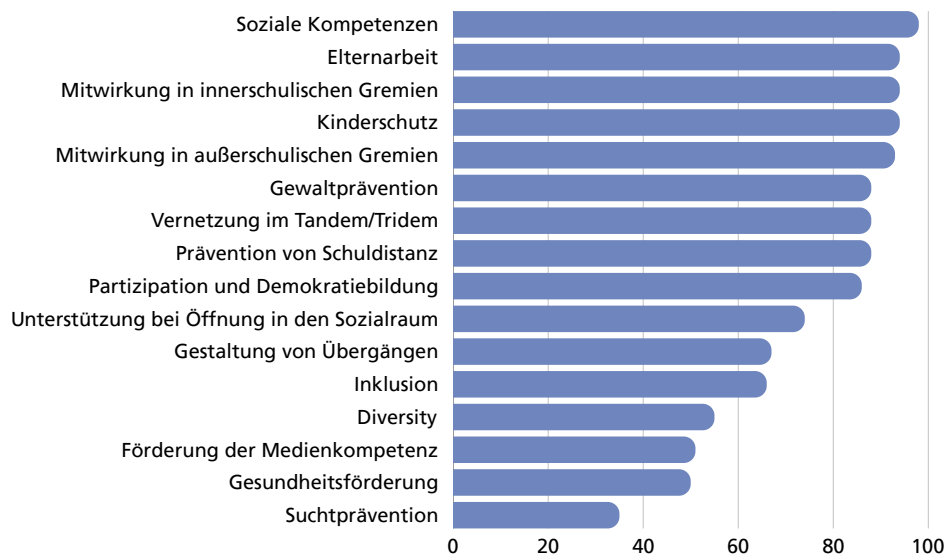
Weitere Informationen zum Thema Zertifikatskurs Quereinstieg finden Sie auf der Seite der [Alice-Salomon-Hochschule](#)



03

PROGRAMMSCHWERPUNKTE

In den Sachberichten wird jährlich abgefragt, welche der neuerdings 16 Programmschwerpunkte für die Arbeit der sozialpädagogischen Fachkräfte in den jeweiligen Projekten relevant gewesen sind. Dabei zeigt sich über die Jahre hinweg eine hohe Kontinuität.



Wie in den Vorjahren wurden die Förderung von Sozialkompetenzen, der Kinderschutz und die Elternarbeit sowie die Mitwirkung in schulinternen Gremien am häufigsten als relevant bewertet (93-98 % der Projekte).

Relevanz der thematischen Programmschwerpunkte 2025 in Prozent (n = 836 [1]).

NEUE INHALTLICHE SCHWERPUNKTE: FÖRDERUNG DER MEDIENKOMPETENZEN UND DIVERSITY

Im Jahr 2025 wurden die inhaltlichen Schwerpunkte „Diversity“ und „Förderung von Medienkompetenzen“ erstmals als eigenständige Antwortkategorien aufgenommen. Anlass hierfür war, dass beide Themen in den Vorjahren unter der Kategorie „Sonstiges“ zunehmend häufig genannt wurden.

Den Schwerpunkt „Förderung von Medienkompetenzen“ bewertete rund die Hälfte der Fachkräfte als für ihre Arbeit relevant. Die übrigen Fachkräfte wiesen in ihren Erläuterungen häufig darauf hin, dass Medienbildung in erster Linie als gesamtschulische Aufgabe verstanden und überwiegend von den Lehrkräften umgesetzt wird. Der Schwerpunkt „Diversity“ wurde mit 55 % der Projekte insgesamt sogar noch etwas häufiger als relevant eingeschätzt.

Durch die Erweiterung der Antwortmöglichkeiten konnte der Anteil der Angaben unter „Sonstiges“ deutlich reduziert werden (von 29 % auf 17 %). Allerdings wurden die Themen Diversity und Medienkompetenz weiterhin häufig ergänzend unter „Sonstiges“ aufgegriffen, etwa um Bezüge zu anderen Schwerpunkten herzustellen oder konkrete Angebote zu benennen (z. B. Queer-AG, Antirassismus-AG oder Elterninformationsabende zur Mediennutzung).

Darüber hinaus wurden vereinzelt Themen genannt, die aus Sicht der Fachkräfte durch die bestehenden Programmschwerpunkte nicht vollständig abgebildet werden. Hierzu zählen insbesondere Mobbing und Cybermobbing, Diskriminierungsprävention sowie Sexualpädagogik. Im Unterschied zu Diversity und Medienkompetenz wurden diese Themen jedoch eher vereinzelt benannt.



03

SCHUL- UND PROJEKTVERGLEICH

Die Verteilung der als relevant bewerteten Schwerpunkte weist über die vergangenen Jahre insgesamt eine hohe Kontinuität auf. Bei der Interpretation der Gesamtergebnisse ist jedoch zu berücksichtigen, dass Grundschulen im Landesprogramm den größten Anteil der Projekte stellen und das Gesamtbild entsprechend prägen. Ein differenzierter Vergleich der einzelnen Schul- bzw. Projektarten macht schulformspezifische Besonderheiten sowie vorsichtige Entwicklungen bei der Relevanz einzelner Themen sichtbar.

Suchtprävention



Gymnasien und Berufliche Schulen

58 %

Gesamtprogramm

35 %

Die Relevanz suchtpräventiver Angebote nimmt tendenziell mit dem Alter der Schülerinnen und Schüler zu. Besonders an Beruflichen Schulen und Gymnasien wird der Schwerpunkt häufig als relevant eingeschätzt; auch an den Integrierten Sekundarschulen (ISS) liegt der Anteil mit 47 % vergleichsweise hoch.

Gesundheitsförderung



Gymnasien und Berufliche Schulen

61 %

Gesamtprogramm

50 %

Der Schwerpunkt Gesundheitsförderung ist insbesondere in Projekten an Beruflichen Schulen und Gymnasien von hoher Relevanz. Die Fachkräfte dieser beiden Schularten bewerten zudem psychische Belastungen überdurchschnittlich häufig als besonders wichtiges Thema (siehe auch Kapitel 06).

Partizipation und Demokratiebildung



Grundschulen

92 %

Gesamtprogramm

86 %

Der Schwerpunkt Partizipation hat in den Grundschulprojekten traditionell einen hohen Stellenwert und gewinnt tendenziell weiter an Bedeutung. Die Angebote der Fachkräfte umfassen dabei ein breites Spektrum, das von der Einführung und Begleitung des Klassenrats über die Unterstützung der Klassensprecherinnen und -sprecher bis hin zur Weiterentwicklung des Schülerparlaments und -haushalts reicht.

Schuldistanz



Gymnasien

89 %

Gesamtprogramm

88 %

Im Bereich Schuldistanz ist besonders die Entwicklung an den Gymnasien auffällig. Während im Jahr 2022 rund drei Viertel der Projekte angaben, mit der Prävention und Intervention verschiedener Formen von Schuldistanz befasst zu sein, lag dieser Anteil im Jahr 2025 bereits bei 89 %. Dies deutet auf eine weiter gestiegene Bedeutung des Themas an dieser Schulart hin.

Diversity



Berufliche Schulen

84 %

Gesamtprogramm

55 %

Mit Abstand bewerten die Fachkräfte an Beruflichen Schulen den Schwerpunkt Diversity am häufigsten als relevant für ihre Arbeit. Die Angebote in diesem Bereich sind vielfältig und umfassen sowohl Formate mit einem Schwerpunkt auf Gender und sexueller Orientierung als auch Angebote zur Förderung kultureller Vielfalt sowie zur Prävention von Diskriminierung und Rassismus.

Förderung von Medienkompetenz



Förderzentren

55 %

Gesamtprogramm

55 %

An den Förderzentren bewerten knapp zwei Drittel der Projekte den Schwerpunkt als relevant. Dies deckt sich mit den für 2025 formulierten Entwicklungszielen der Projekte, die einen hohen Unterstützungsbedarf beim kompetenten Umgang mit Smartphones und digitalen Medien beschreiben.



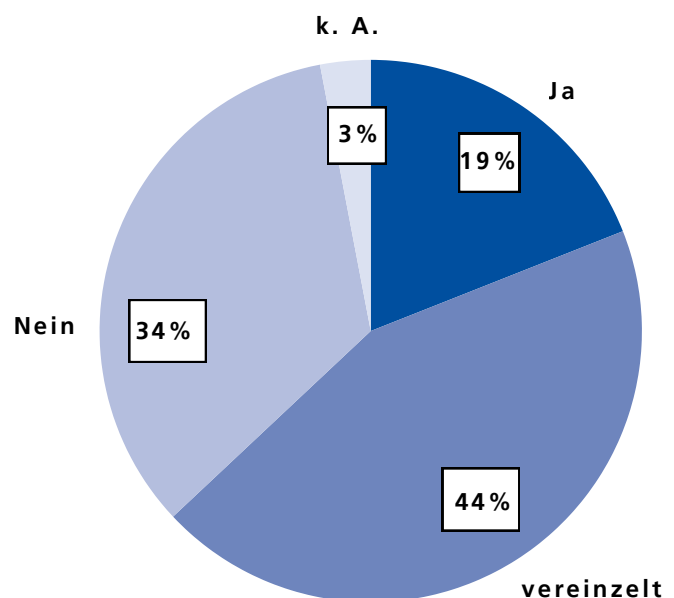
04 RECHTSEXTREMISMUS- UND RADIKALISIERUNGSPRÄVENTION

Rechtsextremistische, rassistische und antisemitische Einstellungen und diskriminierende Haltungen stellen laut Medienberichten eine zunehmende Herausforderung an Schulen dar. Die lokale Presse berichtet, dass sich „rechte Vorfälle“ an Berliner Schulen auf einem historischen Höchststand befinden [1].

Solche Presseberichte und vereinzelte Aussagen in Auswertungsgesprächen haben die Programmagentur auftragsgemäß dazu veranlasst, Fachkräfte gezielt hierzu in den Sachberichten 2025 zu befragen: *Hatten Sie es in Ihrer sozialpädagogischen Arbeit am Standort bereits mit rechtsextremen Erscheinungsformen (z. B. Symbole, Sprache, Gruppendynamiken) zu tun? Wenn ja, wie häufig sind diese vorgekommen und welche konkreten Maßnahmen haben Sie ergriffen? Nennen Sie ggf. auch die beteiligten schulischen Kooperationspartnerinnen und -partner.*

In ihren Antworten [2] bestätigen Schulsozialarbeitende teilweise Radikalisierungstendenzen bei Kindern und Jugendlichen. Hierbei handelt es sich jedoch meist „noch“ um Einzelfälle (siehe Grafik), wobei eine klare rechtsextreme Identifizierung häufig nicht von einer unreflektierten Reproduktion von rassistischen oder populistischen Inhalten unterschieden werden kann. Durch die komplexe Thematik und auch die unterschiedlichen Definitionen des Begriffs (Rechts-)Extremismus ist es wichtig zu betonen, dass sich die Auswertung auf die subjektive Einschätzung der befragten Fachkräfte bezieht. Eindeutig mit „nein“ beantwortet gut ein Drittel der Projekte (35 %) die Frage. Dabei liegt der höchste Anteil unter den Förderzentren (50 %) und Beruflichen Schulen (47 %). Eindeutig mit „ja“ beantwortet knapp ein Fünftel (19 %) der Befragten die Frage. Dabei liegt der höchste Anteil unter den Gymnasien (35 %) und Integrierten Sekundarschulen (33 %). Der größte Teil der Befragten (44 %) beantwortet die Frage mit Antworten wie „vereinzelt“ oder „nein, aber“.

**(Rechts)extreme Erscheinungsformen
nach Einschätzung der Fachkräfte**



Kategorisierte Antworten auf die Zusatzfrage im Sachbericht 2025: „Hatten Sie es in Ihrer sozialpädagogischen Arbeit am Standort bereits mit rechtsextremen Erscheinungsformen (z. B. Symbole, Sprache, Gruppendynamiken) zu tun?“ (n= 836)

Die am häufigsten genannten Erscheinungsformen sind u. a. die Verwendung von Symbolen v. a. „Hakenkreuz-Schmierereien“, Verbreitung von Memes [3] oder Sticker über Klassenchats oder Social Media, das Singen von verbotenem oder einschlägigem Liedgut, Handzeichen, Parolen oder das Tragen bestimmter Kleidung.

Das Hauptaugenmerk der sozialpädagogischen Fachkräfte liegt sensibilisierend in der präventiven Aufklärung und in der schnellen Intervention, um rechtsextremen und diskriminierenden Entwicklungen an Schulen entgegenzuwirken. Hierbei spielt die enge Zusammenarbeit mit Lehrkräften und oft auch mit außerschulischen Kooperationspartnern eine entscheidende Rolle.

Laut dem Soziologen Prof. Dr. Klaus Hurrelmann wird die Radikalisierung bei Heranwachsenden seit der Corona-Pandemie verstärkt und durch die Nutzung sozialer Medien zusätzlich beschleunigt [4]. Algorithmen digitaler Plattformen können dazu führen, dass Jugendliche immer häufiger mit extremistischen Inhalten konfrontiert werden und diese ungefiltert in ihren Alltag integrieren.

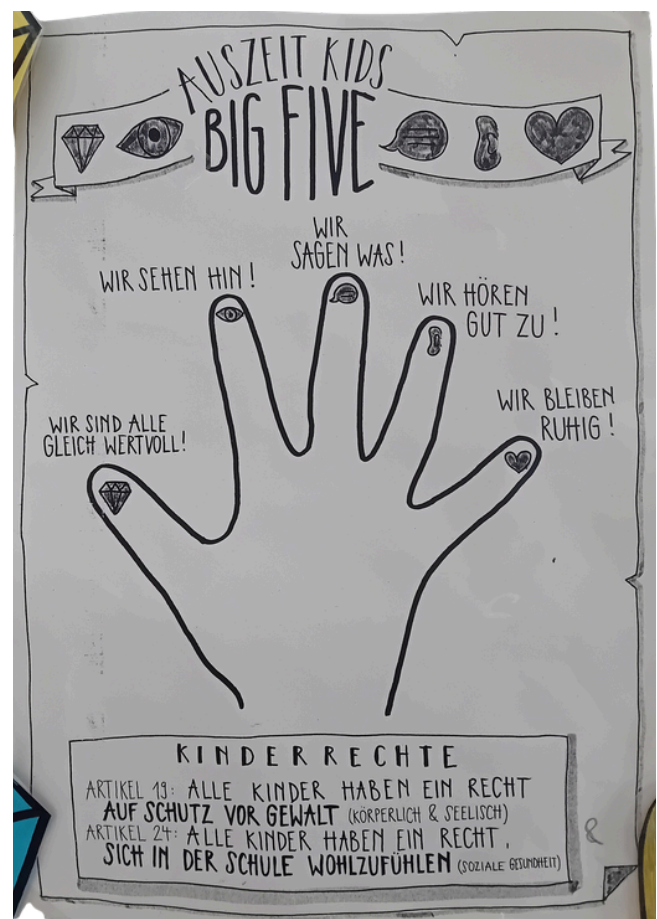
Vor allem an den weiterführenden Berliner Schulen zeigen sich unterschiedliche Erscheinungsformen solcher Entwicklungen. Dazu zählen beispielsweise rassistische, frauenfeindliche oder antisemitische Beleidigungen, nationalsozialistische Symbolik oder die Verbreitung derartiger Inhalte in digitalen Chatgruppen. Darüber hinaus treten immer wieder interkulturelle Konflikte auf, in denen rassistische Aussagen eine Rolle spielen. Lehrkräfte und Schulsozialarbeitende stellen bei der Intervention häufig fest, dass es sich nicht um gefestigte ideologische Positionen der Jugendlichen handelt, sondern um Aussagen oder Verhaltensweisen, die aus dem sozialen Umfeld oder aus sozialen Medien übernommen werden, ohne dass deren Bedeutung vollständig reflektiert wird. Dennoch führen solche Äußerungen zu Konflikten, Ausgrenzung oder Mobbing und belasten dadurch das Schulklima oft nachhaltig.

Vor diesem Hintergrund gewinnt die präventive Arbeit gegen jegliche Art von Extremismus sowie die Förderung demokratischer Werte im schulischen Alltag zunehmend an Bedeutung. Schulen stehen vor der schwierigen Aufgabe, diskriminierenden Haltungen frühzeitig entgegenzuwirken, Schülerinnen und Schüler für demokratische Grundwerte zu sensibilisieren und gleichzeitig Handlungskompetenzen im Umgang mit jeder Form extremistischer Ideologien zu vermitteln.

Bei konkreten Vorfällen erfolgt an den Schulen in der Regel eine unmittelbare pädagogische Intervention durch Lehrkräfte, der Schulsozialarbeit und/oder der Schulleitung. Dazu gehören klärende Gespräche mit den beteiligten Schülerinnen und Schülern, Sensibilisierung für die Folgen diskriminierender Aussagen oder eines solchen Verhaltens sowie bei schwerwiegenden Vorfällen weitere pädagogische Maßnahmen oder Sanktionen (gem. dem SchulG; Erziehungs- und Ordnungsmaßnahmen) durch die Schulleitung. Situations- und anlassbezogen werden auch die Erziehungsberechtigten einbezogen. Liegen strafrechtlich relevante Handlungen vor, wird die Polizei hinzugezogen.

Neben der Intervention nehmen die präventiven Maßnahmen eine zentrale Rolle ein. Schulsozialarbeit setzt daher verstärkt auf Projekte zur Demokratiebildung, auf Workshops zu Themen wie Rassismus und Antisemitismus sowie auf Maßnahmen zur Förderung sozialer Kompetenzen. Auch partizipative Schulhofprojekte, die Demokratieerfahrungen auf praktischer Ebene fördern und politische Selbstwirksamkeit erlebbar machen, zählen dazu. In Abstimmung mit den Lehrkräften können auch Besuche von Gedenkstätten oder thematische Unterrichtseinheiten dazu beitragen, historische Zusammenhänge zu vermitteln und eine kritische Auseinandersetzung der Schülerschaft mit (rechts)extremistischen Ideologien zu fördern.

Die folgenden Beispiele zeigen, wie die sozialpädagogischen Fachkräfte vor Ort in konkreten Projekten versuchen, beispielsweise rechtsextremen Tendenzen entgegenzuwirken.



Plakat der Streitschlichterinnen und -schlichter an der Galilei-Grundschule (G021/G021G), die den respektvollen Umgang miteinander und die Kinderrechte als Grundprinzipien ihrer Arbeit verstehen.



04

Schule an der Dahme: Rechtsextremismus aufspüren und demokratische Alternativen entgegensetzen

An der Schule an der Dahme (K045; 09K08) [5] startete die Schulsozialarbeit der GSJ gGmbH das Projekt „Rechtsextremismus hat viele Gesichter“.

Die Initiative entstand vor dem Hintergrund, dass trotz bereits bestehender Präventionsmaßnahmen weiterhin diskriminierende Einstellungen unter einzelnen Schülerinnen und Schülern beobachtet wurden. Um diesen Entwicklungen gezielt zu begegnen und gleichzeitig eine reflektierte Auseinandersetzung mit rechtsextremen Ideologien zu fördern, wurde das Projekt als Bestandteil eines schulweiten Projekttagess konzipiert, der im Mai 2025 mit Schülerinnen und Schülern der 9. und 10. Jahrgangsstufe umgesetzt wurde.

Das zentrale Ziel des Projekts bestand darin, Schülerinnen und Schüler über die verschiedenen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus aufzuklären und sie für diskriminierende Strukturen zu sensibilisieren. Gleichzeitig sollten politische Begriffe erklärt und Aussagen von Politikerinnen und Politikern kritisch eingeordnet werden. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf der Analyse sogenannter „Erlebniswelten“ rechtsextremer Gruppen. Dabei wurde thematisiert, wie rechtsextreme Organisationen versuchen, Jugendliche über Musik, soziale Medien, Sportangebote oder Demonstrationen anzusprechen und für ihre Ideologien zu gewinnen. Durch diese Auseinandersetzung sollten Jugendliche erkennen, welche Strategien zur Radikalisierung genutzt werden und wie sie solchen Einflüssen kritisch begegnen können. Darüber hinaus verfolgte das Projekt das Ziel, demokratische Handlungsmöglichkeiten aufzuzeigen und Jugendliche zu ermutigen, sich aktiv für Vielfalt, Toleranz und demokratische Werte einzusetzen. Im Rahmen des Projekttagess wurden insgesamt 24 Workshops und Aktivitäten durchgeführt. Diese wurden von der Arbeitsgemeinschaft „Faire Schule“ organisiert, an der sowohl Schülerinnen und Schüler als auch Lehrkräfte und Schulsozialarbeitende beteiligt waren. Durch diese gemeinsame Planung wurde ein partizipativer Ansatz verfolgt, der die aktive Mitgestaltung durch die Schulgemeinschaft ermöglichte.



Zeitzeugengespräch und Ausstellung „Gegen das Vergessen“ an der Schule an der Dahme.

Die Workshops behandelten unterschiedliche Aspekte von Diskriminierung und Extremismus. Ein Beispiel ist der Workshop „Gegen das Vergessen“, der sich mit den Biografien von Schoah-Überlebenden beschäftigte. Weitere Angebote thematisierten Antisemitismus, Rassismus und gesellschaftliche Vielfalt. Neben inhaltlichen Workshops wurden auch kreative Formate eingesetzt, etwa die Entwicklung eines Rap-Songs gegen Diskriminierung oder ein Theaterprojekt mit dem Titel „Hass versus Liebe und Toleranz“. Diese vielfältigen Methoden ermöglichten es den Schülerinnen und Schülern, sich sowohl kognitiv als auch kreativ mit den Themen auseinanderzusetzen. Um Aspekte rechtsextremer Jugendkulturen kritisch zu thematisieren, ohne deren Attraktivität unbeabsichtigt zu verstärken, wurde im Projekt bewusst darauf geachtet, neben der kritischen Analyse extremistischer Angebote auch positive demokratische Alternativen aufzuzeigen. Die Workshops trugen dazu bei, rechtsextreme Strukturen sowie deren Einfluss auf Jugendliche sichtbar zu machen. Gleichzeitig wurde deutlich, dass der Einfluss rechtsextremer Jugendgruppen an Schulen weiterhin eine Herausforderung darstellt, die langfristige Präventionsarbeit notwendig macht. Neben einmaligen Projekttagen sind langfristige Maßnahmen wie Workshops, Fortbildungen für Lehrkräfte, Kooperationen mit externen Beratungsstellen sowie Projekte zur Demokratieförderung bedeutsam.



04

Herder-Gymnasium: Mehr Handlungssicherheit im Umgang mit rechtsextremen Tendenzen

In vielen Fällen fühlen sich pädagogische Fach- und Lehrkräfte im Erkennen und im Umgang mit rassistischen, diskriminierenden und den Nationalsozialismus bagatellisierenden Handlungen überfordert und wünschen sich mehr Handlungssicherheit.

Handelt hier jemand wirklich aus Unwissenheit, testet unreflektiert und – in gewisser Weise altersentsprechend – Grenzen aus oder liegen gewichtige Anhaltspunkte auf eine „identitäre“ antisemitische oder rassistische Gesinnung innerhalb der Familie oder Peergroup vor? Welche Rolle spielen gruppenspezifische Prozesse und hier insbesondere die Kommunikationsformen, Angebote und Dynamiken auf Social Media? Auf den ersten Blick harmlos erscheinende Videobeiträge und Memes werben unter der Oberfläche um Sympathien für verfassungsfeindliches und menschenverachtendes Gedankengut oder entsprechend orientierte Parteiprogramme. In der tatsächlichen Wirkung werden bei all diesen Angeboten aktuelle und historische Tatsachen verzerrt, verharmlost, in Frage gestellt oder gar vollends verleumdet. Aber wie und woran lässt sich all das erkennen und wann ist welches Vorgehen im Umgang damit angemessen?

Um dem Wunsch nach mehr Handlungssicherheit im Rahmen der Einschätzung und Bewertung (rechts)extremistischer Vorfälle auf Seiten der Lehrkräfte zu entsprechen, entschied sich die Schulsozialarbeit des Herder_Gymnasiums (Y025; 04Y05) in Charlottenburg für eine Zusammenarbeit mit der „**Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus**“ (MBR). Dabei setzten sich das schulinterne Krisen- und Präventionsteam sowie zwei Lehrkräfte und die Schulsozialarbeit im Vorfeld zweimal mit einer Mitarbeitenden der MBR zusammen, um zunächst anhand der Alltagsbeobachtungen die Bedarfslage zu ermitteln. Gezielt wurde durch die Schule in Absprache mit der MBR ein Fragebogen entwickelt, der das Bedürfnis nach mehr Handlungssicherheit konkreter erfasste. Im März 2025 wurde dann der Workshop für die Lehrkräfte durchgeführt, in dem der MBR auch Hintergründe und (der Allgemeinheit in der Regel unbekannte) einschlägige Symbole und Werbestrategien von rechten Gruppierungen vermittelte. Es wurde auch über Handlungsstrategien im Umgang mit Social Media gesprochen, weiterführende Ansprechpersonen und Träger vorgestellt und die Bedeutung von Zivilcourage und Haltung hervorgehoben. Die Lehrkräfte gaben anschließend überwiegend an, dass sie Unsicherheiten abbauen und mögliche Perspektiven hinsichtlich des zukünftigen Umgangs mit einschlägigen Beobachtungen entwickeln konnten.



In der **Schule am Senefelder Platz** (G133; 03G15) gestaltete der Sozialpädagoge gemeinsam mit Kindern der 5. und 6. Klasse Plakate für Zusammenhalt und gegen Rechtsextremismus, nachdem schulfremde Personen wiederholt rechtsradikale, antisemitische und ausländerfeindliche Schmierereien an den Außenwänden der Schule hinterlassen hatten. Gemeinsam wurden die insgesamt fünf Plakate gut sichtbar an der Fassade der Schule angebracht.



In den Projekten mit besonderen Aufgaben hatte das Thema Rechtsextremismus eine ähnliche Relevanz wie in den übrigen Projekten. Jedoch wurde in dem Zusammenhang in mehreren Berichten die Bedeutung des Themas Diskriminierung und Rassismus, mit der sich die Zielgruppe vermehrt auseinandersetzen muss, verstärkt benannt.

“

Besonders in der Arbeit mit internationalen Schülerinnen und Schülern ist das Thema auch und besonders durch rechteextreme Erfahrungen außerhalb der Schule geprägt, die für viele einen ständigen Begleiter darstellen und Ängste oder Unsicherheiten im Schulalltag verstärken können. (U015)

Im schulischen Kontext wird hier schnell interveniert und wie bereits beschrieben werden entsprechende Handlungsschritte eingeleitet, um deeskalierend entgegenzuwirken.

“

*Unsere Haltung ist: Hinschauen, benennen, verstehen – nicht beschämen. Wir versuchen zu klären, welche Haltungen dahinterstehen, stärken betroffene Schüler*innen, beziehen Klassenleitungen ein, arbeiten im Klassenrat, führen Gespräche mit Eltern und bieten Empowerment- und Sensibilisierungsangebote an [...] Ziel bleibt stets, Schule als sichereren Ort zu gestalten und demokratische, menschenrechtsorientierte Haltungen zu stärken. (U079)*

Eine demokratiefördernde Grundhaltung zu stärken, spielt besonders in vielen Willkommensklassen eine große Rolle. Oft ist das in den Regelklassen fest etablierte Prinzip des Klassenrats oder der Klassensprecherinnen- und Klassensprecherwahl in den Willkommensklassen nicht verankert. Schulsozialarbeit unterstützt hier bei der Einführung von Mitbestimmungsstrukturen im Schulalltag. Dabei werden bestehende Methoden flexibel an die sprachlichen Voraussetzungen der Kinder und Jugendlichen angepasst und beispielsweise mit Hilfe von Gefühls- und Symbolkarten Inhalte aufbereitet. Demokratische Werte vermitteln, kulturelle Vielfalt fördern bei gleichzeitiger Akzeptanz und Toleranz für unterschiedliche Lebensentwürfe – all das sind Themen, mit denen sich die sozialpädagogischen Fachkräfte befassen. Zum Beispiel wird in einem Projekt zur Unterstützung junger Geflüchteter an Beruflichen Schulen das **Projekt „KICK“** durchgeführt. In Zusammenarbeit mit der Polizei Berlin und dem Träger GSJ gGmbH werden „sportbezogene soziale Kompetenztrainings und Demokratie-Workshops“ für Willkommensklassen angeboten.

“

Im Fokus stehen u.a. der Umgang mit Konflikten sowie Normen und Werte, die demokratisches wie gleichberechtigtes Zusammenleben gewährleisten. (U022)

Auch durch das bundesweite Netzwerk „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ wollen immer mehr Schulen eine klare Haltung der Schulgemeinschaft nach außen sichtbar machen. Berlinweit beteiligen sich bereits 168 Schulen an dem Format, das zum Ziel hat, eine diskriminierungssensible Schulkultur erfahrbar zu machen.



In diesem Kontext sind die sozialpädagogischen Fachkräfte oft in konkrete Aktionen der „Courage-Schulen“ involviert. An einer Schule in Charlottenburg-Wilmersdorf ist so zum Beispiel eine Fotoausstellung in der Schul-Cafeteria zum Gedenken an die Opfer des Anschlags von Hanau am 19. Februar 2020 entstanden. (U053)



Außerschulische Netzwerke zur Radikalisierungsprävention nutzen

Extremistische und rechtsextremistische Vorkommnisse an Schulen entstehen oft nicht losgelöst vom Sozialraum, in dem die Kinder und Jugendlichen sowie deren familiäres Umfeld leben. Wie einige sozialpädagogische Fachkräfte berichten, schnappen Schülerinnen und Schüler aus dem Umfeld der Schule und/oder dem Elternhaus rechtsextreme Parolen auf oder finden Hakenkreuz-Schmierereien bspw. auf Sport- und Spielplätzen vor. Oder sie nehmen in unmittelbarer Nachbarschaft des Schulareals Aufmärsche resp. Demos rechter Organisationen wahr, die in seltenen Fällen junge Menschen auch gezielt ansprechen, dies eventuell auch zu Rekrutierungszwecken. (Rechts-)Extremismus ist ein gesamtgesellschaftliches Problem; das System Schule ist davon nicht ausgenommen. Das Beispiel des Herder-Gymnasiums zeigt die gezielte thematische Zusammenarbeit mit verschiedenen außerschulischen Netzwerkpartnern auf, um Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus zielgruppenorientiert aufzubereiten. Netzwerkformierungen unterstützen Schulsozialarbeitende und Lehrkräfte, aber auch Erziehungsberechtigte durch Beratung, Fortbildungen oder konkrete Projekte mit Schülerinnen und Schülern vor Ort. In der Info-Box ist eine Auswahl von berlin- und bundesweit aktiven Organisationen, die verschiedenste Angebote im Bereich der Radikalisierungsprävention speziell im schulischen Kontext offerieren, zusammengestellt.

EXTERNE KOOPERATIONSPARTNER

- **Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR):**
Beratung u. a. an Schulen zum Umgang mit konkreten Vorfällen, Unterstützung bei Entwicklung von Präventionskonzepten und demokratischer Leitbilder
- **Beratungsstelle „Gesicht zeigen!“**
Fortbildungen/Workshops für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Multiplikatorinnen und Multiplikatoren
- **Berlin entwickelt neue Nachbarschaften (BENN)**
Berlinweit organisieren ca. 20 Quartiersteams Aktionen für Begegnung, Dialog im Kiez
- **Pädagogik, politische Bildung und Prävention (Ufuq)**
Beratung, pädagogische Maßnahmen, Fortbildung und Trainings v. a. im Bereich antimuslimischer Rassismus und Islamismus in Berlin
- **Verein für Demokratie und Vielfalt (DEVI)**
Prävention von religiös begründeter Demokratie- und Menschenfeindlichkeit
- **Mansour-Initiative für Demokratieförderung und Extremismusprävention (MIND prevention)**
Prävention von muslimischem Extremismus und Antisemitismus
- **Apabiz**
Archiv und Analyse rechtsextremistischer Bewegungen/Organisationen
- **Anlaufstelle Diskriminierungsschutz an Schulen (ADAS)**
Beratung an Berliner Schulen zu allen Diskriminierungsdimensionen

Angesichts der von den sozialpädagogischen Fachkräften des Landesprogramms beobachteten (rechts)extremistischen Vorfällen setzt Schulsozialarbeit verstärkt auf eine Kombination aus präventiven Maßnahmen und zielgerichteten Interventionsmaßnahmen. Dies steht immer in direktem Bezug zur einzelnen Schule, der Schulart, den inner- und außerschulischen Rahmenbedingungen und den handelnden Personen. Konsequentes und transparentes Handeln verbunden mit einer mitnehmenden Kommunikationsstrategie befördert wirkungsfähige Interventionsmaßnahmen.

Da Radikalisierungsprozesse oft durch soziale Medien beschleunigt werden und Unsicherheiten im pädagogischen Umgang bestehen, helfen Kooperationen mit externen Netzwerken (siehe beispielhafte Auflistung in der vorstehenden Infobox) die Handlungssicherheit der Fachkräfte durch Workshops und Beratung zu stärken. Projekte wie „Rechtsextremismus hat viele Gesichter“ fördern zudem durch partizipative Workshops die demokratische Wertebildung und sensibilisieren Schülerinnen und Schüler hinsichtlich verschiedener Rekrutierungsstrategien durch (rechts)extremistische Organisationen. Ziel ist es, durch langfristige Präventionsarbeit und die Vermittlung von Wissen sowie zivilcouragierten Handlungsmöglichkeiten ein diskriminierungsfreies Schulklima nachhaltig zu sichern.



05

BILDUNGS- UND ERZIEHUNGSPARTNERSCHAFT

Der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft an Schulen liegt die Idee der wechselseitigen Öffnung von Familie und Bildungsinstitution zugrunde. Die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen des Landesprogramms wirken an diesem Prozess insofern entscheidend mit, als dass sie mit ihren Ressourcen auf eine tragfähige und regelmäßige Zusammenarbeit mit den Erziehungsberechtigten hinwirken.

Diese soll „zum Wohle der Kinder und zur Sicherung der Kontinuität des Erziehungsprozesses“ (§ 22a, Absatz 2, Satz 1, SGB VIII) erfolgen. Für die sozialpädagogische Praxis bedeutet das, den Erziehungsberechtigten niedrigschwellige Dialogangebote zu unterbreiten, eine Willkommens- und Wohlfühlkultur zu etablieren und Möglichkeiten der Mitbestimmung zu eröffnen. Je nach Standortspezifika wählen die Fachkräfte unterschiedliche Ansätze und Formate, die von festen Sprechzeiten und Einzelberatungen über Familienspielnachmittage bis hin zum „Familien-Frühstück“ reichen; letzteres auch unter Mitwirkung der örtlichen Stadtteilmütter.

Elterncafé als beliebtes Austauschformat

Das weitaus häufigste Angebot, um mit den Erziehungsberechtigten ins Gespräch zu kommen, war auch im vergangenen Berichtszeitraum das Elterncafé. Im Verlauf der letzten Jahre ist es einer Vielzahl von Projekten immer besser gelungen, abholende Rahmenbedingungen für dieses Austauschformat zu identifizieren und die Teilnehmendenzahl auf solide zweistellige Werte zu steigern. Als ein zentraler Faktor, der das Interesse der Eltern weckt, hat sich die Präsenz von Sozialraumpartnern (Stadtteilmütter, Integrationslotsinnen und -lotsen, Familienzentren etc.) und weiteren Schulakteuren (Schulleitung, Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen, Psychologinnen und Psychologen, etc.) erwiesen, welche neben der sozialpädagogischen Fachkraft als Ansprechperson für die Erziehungsberechtigten da sind.



Das Eltern Café mit den Stadtteilmüttern ist nach wie vor ein fester Bestandteil und sehr wichtige Ressource der Kurt-Schumacher-Grundschule. Gemeinsam begegnen wir den Eltern auf Augenhöhe und können oft Ängste nehmen und aufklären (G085; 02G12).



Elterncafé am Montgolfier-Gymnasium (Y079/2; 09Y10) in Treptow-Köpenick. Eine Mitarbeiterin der Erziehungs- und Bildungsberatungsstelle informiert über das Thema „Pubertät“ und gibt praktische Tipps für den Familienalltag.



Darüber hinaus hat sich eine inhaltliche Ausrichtung der Treffen bewährt. Mittels Input und Diskussionsrunden wurden wiederkehrende Themen und drängende Fragen aufbereitet und der Elternschaft zugänglich gemacht. Je stärker die Veranstaltungsinhalte auf die Alltagswirklichkeit in Schule und Familie zielten, desto attraktiver und frequenter war das Elterncafé.

In vielen Projekten des Landesprogramms erhob die sozialpädagogische Fachkraft Bedarfe und Interessen bereits im Vorfeld der Treffen – bspw. im Rahmen von Beratungsgesprächen, in Bringe- und Abholsituationen oder mittels Fragebogen –, sodass die Eltern im Sinne einer partizipativen Gestaltung frühzeitig einbezogen und Top-Down-Prozesse vermieden wurden.

Als weitere Gelingensfaktoren für ein funktionierendes Elterncafé wurde von den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen im Landesprogramm das Timing, die Ansprache und die Möglichkeit der zeitgleichen Kinderbetreuung benannt. Das Gesprächs- und Beratungsangebot auf Tage zu konzentrieren, an denen sich ohnehin viele Erziehungsberechtigte in der Schule aufhielten, ließ die Zahl der Teilnehmer signifikant steigen. In Einzelfällen konnten auf diese Weise bis zu 50 Eltern erreicht werden.

GELINGENSAKTOREN FÜR ELTERNCAFÉS

- ✓ vorgeschaltete **Interessensabfrage** via. Fragebogen, E-Mail, direkter Nachfrage etc.
- ✓ **Präsenz aus dem Kollegium** (Schulleitung, sonderpädagogische Fachkräfte etc.) oder dem Sozialraum (Stadtteilmütter, Integrationslotsinnen und -lotsen, Familienzentren etc.)
- ✓ Einbezug von **alltagsnahen Themen** und Fragestellungen
- ✓ **richtiges Timing**: Zeitpunkt so wählen, dass möglichst viele Eltern teilnehmen können
- ✓ ggf. **Kinderbetreuung** anbieten
- ✓ **mehrsprachige Einladungen** und der Einsatz von Sprachmittlerinnen und -mittlern
- ✓ Informationen auf der **Schulhomepage**



Einladungsflyer zum „internationalen Familien-Frühstück“ an der Finow-Grundschule (G164; 07G02)

“Das Elterncafé fand jeden Montagmorgen statt und wurde von den Eltern gut angenommen und kontinuierlich genutzt. Es bot einen niedrigschwelligen Rahmen für Begegnung, Austausch und Beratung und erwies sich zudem als wichtiger Baustein für die Beziehungsarbeit zwischen Eltern und Schulsozialarbeit. Durch die regelmäßige Präsenz der JSA und den informellen Austausch konnte Vertrauen aufgebaut und die Zusammenarbeit gestärkt werden. Die Eltern zeigten sich offen, eigene Erfahrungen zu teilen und Unterstützung anzunehmen, was zur Förderung ihrer Erziehungskompetenzen beitrug (G364G; 10G36).



Alternative Formate zum klassischen Elterncafé

Obgleich das Elterncafé an vielen Schulstandorten des Landesprogramms Zuwächse erlebte, beschreiben die Fachkräfte auch gegenteilige Erfahrungen. Trotz intensiver Bemühungen das Café zu bewerben und Rahmenbedingungen anzupassen, fiel die Resonanz in einigen Projekten bescheiden aus. Vor allem die besonders vulnerablen und auf Unterstützung angewiesenen Familien, sprich die „Zielgruppe, die man eigentlich erreichen möchte“ (G334; 12G17), zeigten mitunter wenig Interesse an Zusammenkunft und Austausch. Die Gründe hierfür waren vielseitig und reichten von zeitlichen Engpässen über die Nutzung anderer Anlaufstellen bis hin zu Unsicherheiten aufgrund sprachlicher Barrieren. Dass es dennoch gelingen kann, nach einem holprigen Start mehr und mehr Eltern für das Format zu gewinnen, stellte die Sozialpädagogin an der Finow-Grundschule (G164; 07G02) unter Beweis. Indem sie die Themen an die Bedürfnisse der Zielgruppe anpasste und mehrsprachige Einladungen versandte, stieg die Teilnahme am Elterncafé deutlich. Einen anderen, aber nicht minder erfolgreichen Weg wählten die Fachkräfte an der Carl-Sonnenschein-Grundschule (G290; 07G31). Sie transformierten das Elterncafé kurzerhand in ein Begegnungscafé und gestalteten es familienfreundlicher; d. h. sie öffneten die Runde für Kinder und Nachbarschaft, wodurch sich die ursprüngliche Teilnehmerzahl verzehnfachte.

Eine weitere und erfolgreiche Vorgehensweise verfolgte der „Familientreff“ an den Lauterbachschulen (Grundschule G357; 12G33 sowie Förderzentrum S011/3; 12S03) in Kooperation mit dem angegliederten Familienzentrum. Im Rahmen der monatlichen Zusammenkünfte riefen die verantwortlichen Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen einen Eltern-Wettkampf ins Leben. Dieser fand großen Zuspruch und „ermöglichte es Eltern und Kindern, spielerisch miteinander in Kontakt zu treten, Teamgeist zu entwickeln und gemeinsame Erfolgserlebnisse zu sammeln“. Nicht nur beschleunigte sich die Vernetzung der Familien untereinander, der Wettkampf trug mit seinem verbindenden Charakter auch zu einer positiven Beziehungsdynamik innerhalb der Familien bei. Indem die sozialpädagogischen Fachkräfte niedrigschwellige, von Anerkennung und Wertschätzung geprägte Rahmenbedingungen schufen, legten sie den Grundstein für das wachsende Interesse der Erziehungsberechtigten an schulischen Themen und für deren Kompetenz als Lernbegleiterinnen und -begleiter ihrer Kinder. Das Elternangebot an den Lauterbachschulen steht somit exemplarisch für die inklusive und migrationssensible Arbeit der sozialpädagogischen Fachkräfte im Landesprogramm.



Die regelmäßigen Treffen, die aktive Beteiligung der Familien, die gemeinschaftsbildenden Aktivitäten – einschließlich des sehr erfolgreichen Eltern-Wettkampfs – sowie die kontinuierliche Nutzung der Beratungsangebote belegen die Wirksamkeit der Maßnahme. Auch Eltern mit zuvor geringer Anbindung an die Schule bauten Hemmschwellen ab und stärkten ihre Rolle im Bildungsalltag ihrer Kinder. Das Projekt leistete somit einen nachhaltigen Beitrag zur verbesserten Einbindung der Familien in die Schulgemeinschaft (G357; 12G33).

Eltern wünschen sich Unterstützung beim Thema Mediennutzung

Häufig geht das Angebot der sozialpädagogischen Fachkräfte über lose, informelle Zusammenkünfte, wie sie im Rahmen der Elterncafés stattfinden, hinaus. Besonders hochaktuelle, oft gesellschaftlich brisante oder emotional aufgeladene Fragen erfordern gezielte Informationsveranstaltungen, die ausreichend Raum und Zeit für Reflexionen bieten. Ein Themenfeld, das Schule und Familien umtreibt, nicht selten zu Spannungen und Konflikten führt und wiederkehrend Gespräche dominiert, ist die Mediennutzung der Schülerinnen und Schüler am Standort Schule und über die Schulhofgrenzen hinaus. Eine Vielzahl der Eltern, so berichten es die Fachkräfte, wünscht sich Orientierung und Aufklärung hinsichtlich der Gefahren im Netz; aber auch zu den Nutzungsrechten mobiler Geräte oder den schulspezifischen Regeln zur digitalen Kommunikation. Sie stehen dem unkontrollierten Medienkonsum ihrer Kinder oft ohnmächtig gegenüber und zeigen sich offen für Handlungsansätze und verbindliche Richtlinien.



Doch so heterogen die Elternschaft ist, so unterschiedlich fällt das Problembewusstsein für die Risiken digitaler Medienwelten aus. An Schulen mit einer vergleichsweise passiven, wenig präsenten Elternschaft wurde die Sensibilisierung für schädigendes Konsumverhalten und die Entwicklung einer gemeinsamen Haltung zum Mediengebrauch verstärkter in die Entwicklungs- und Handlungsziele der sozialpädagogischen Fachkräfte einbezogen. Flankierend werden die Fach- und Lehrkräfte zum Umgang mit dem Thema durch regelmäßige spezifische Fortbildungsangebote der programminternen Fortbildung des SFBB/BLiQ unterstützt. Beispielsweise fand im März und Juni 2025 jeweils ein Fortbildungsangebot zur Medienpädagogik statt. In dieser Fortbildung erfuhren die Fach- und Lehrkräfte, wie sie auf problematisches Nutzungsverhalten der Kinder und Jugendlichen reagieren und die Vorbildfunktion der Erziehungsberechtigten stärken können.

Um mit der Aufklärung zur Mediennutzung so viele Eltern wie möglich erreichen zu können, konzipierte das sozialpädagogische Team der Bornholmer Grundschule (G219; 03G14) ein „Blitzlicht“ in Form eines Videos samt Power-Point-Präsentation. Das multimediale Infomaterial nutzten die Klassenlehrkräfte aller Jahrgangsstufen im Rahmen von Elternabenden.

Ob eigenverantwortlich umgesetzt oder als Gemeinschaftsprodukt mit Externen realisiert: Das Interesse für das Thema Mediennutzung ist unter den Erziehungsberechtigten enorm hoch, sodass die vorgestellten Angebote an vielen Schulstandorten kein einmaliges Ereignis darstellen, sondern Verstetigung erfahren.



Auszug aus der PPP für Elternabende, konzipiert vom sozialpädagogischen Team der Bornholmer Grundschule (G219; 03G14)

KOOPERATIONSPARTNER ZUM THEMA MEDIENNUTZUNG:

Die Fachkräfte profitierten bei der Angebotsentwicklung von ihrer guten Vernetzung im Sozialraum und der Kooperation mit externen Inputgebern, hierzu zählen unter anderem folgende Anbieter:

- ✓ **Medienkompetenzzentren:** In jedem Berliner Bezirk gibt es Zentren, die medienpädagogische Angebote und Elternabende durchführen.
- ✓ **Bits21:** Bietet ein Netzwerk von Referentinnen und Referenten, die in Schulen über familiäre Medienwelten beraten.
- ✓ **„Digital – voll normal!“:** „Ein Präventionsprojekt der Caritas, das Workshops und Elternabende zum gesunden Aufwachsen mit Medien anbietet.“

Weitere Themenfelder neben der Mediennutzung, in denen die Fachkräfte im Berichtszeitraum einen Beratungs- und Informationsbedarf ausmachten, umfassen die Programmschwerpunkte Suchtprävention, Schuldistanz, Gestaltung von Übergängen und Gewaltprävention. An den weiterführenden Schulen standen vor allem Themen wie mentale Gesundheit (Selbstverletzungen, problematisches Essverhalten, Stressbewältigung etc.) und Substanzmissbrauch im Fokus des elterlichen Interesses und werden als Beratungsinhalte nachgefragt. Die Teilnahmezahlen der auf die Bedarfe zugeschnittenen Informationsformate variieren, abhängig von Standort und Themenwahl signifikant, wobei aus vielen Projekten eine befriedigende bis gute Resonanz berichtet wird.

“Während der Themenabende konnten interessante Fakten und Informationen vermittelt und konkrete alltagsnahe Tipps und Handlungsempfehlungen vorgestellt werden. Zudem boten die Themenabende Raum für Fragen, individuelle Anliegen und Austausch zwischen Schule / Schulsozialarbeit und Elternschaft. Die positive Resonanz der Beteiligten bestätigt den eingeschlagenen Weg und legt eine Fortführung dieses Angebotsformates nahe (G211; 03G02).“



Einen besonderen Stellenwert nimmt die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft in den Projekten mit besonderen Aufgaben des Landesprogramms ein. Liegen der Beziehungsarbeit häufig ähnliche Kommunikationsformen und Beratungsformate zugrunde, bedarf es bei der Unterstützung von neuzugewanderten und geflüchteten Kindern und Jugendlichen einer weitaus differenzierteren und individualisierteren Herangehensweise.

Aufgrund unterschiedlicher Bildungsbiographien und Einstellungen, sprachlicher Hürden oder logistischer Herausforderungen (Gemeinschaftsunterkünfte) müssen die sozialpädagogischen Fachkräfte im System Schule häufig besonders kultursensibel agieren und alternative, z. T. auch kreative Wege der Ansprache finden. Zudem beschäftigen die Erziehungsberechtigten geflüchteter Familien im Schulkontext grundlegende Fragen wie beispielsweise: „Wie funktioniert Schule in Deutschland?“, „Was muss ich wann, wo und wie beantragen?“, „An wen kann ich mich mit welchem Anliegen wenden?“ Entsprechend priorisierten die in den „U-Projekten“ tätigen Fachkräfte die Weitergabe von Informationen zum Berliner Schulsystem, insbesondere zu dessen Regeln und Pflichten sowie zum Übergang der Willkommenschülerinnen und -schüler in die Regelklassen.

Die sozialpädagogische Fachkraft in einem Projekt in Spandau hat für die Beantwortung genau solcher Fragen einen umfassenden Informationsordner für Eltern und Lehrkräfte erstellt. Der Ordner bündelt alle wichtigen und zentralen Informationen, die für den Alltag der Willkommensklassen nützlich sind: Von innerschulischen Kontakten und Ansprechpersonen über externe Hilfen wie Jugendamt, Elternberatungszentren, Sprachmittlungsdienste und Integrationsfachstellen bis hin zu Übersichten zu Freizeit- und Förderangeboten. Darüber hinaus enthielt der Ordner Hinweise zu digitalen Plattformen, auf denen Eltern und Lehrkräfte zusätzliche Materialien, Termine und aktuelle Informationen abrufen können sowie Informationen zu rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen wie Schulpflicht, Anmeldung, Leistungsbewertung und Fördermöglichkeiten. Bei der Zusammenstellung der Inhalte achtete die Fachkraft auf eine klare Struktur und eine einfache Sprache, damit auch Personen mit geringen Deutschkenntnissen den Ordner für sich nutzen konnten.



“

Der Ordner förderte Transparenz über vorhandene Ressourcen im Netzwerk, stärkte die Eigenständigkeit der Eltern bei der Nutzung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten, erleichterte die Kommunikation zwischen Schule, Elternhaus und externen Einrichtungen und unterstützte die Vernetzung aller Beteiligten im Sinne einer gelungenen Bildungs- und Integrationsbegleitung. (U042)

Darüber hinaus boten die Fachkräfte ihre Hilfe bei bürokratischen Notwendigkeiten [2] an und akquirierten bedarfsorientiert Sprachmittlung im Rahmen schulischer und außerschulischer Gespräche. Wiederholt vermittelten sie Eltern auch direkt in Sprach- und Integrationskurse des Sozialraums und stellten Tipps und Materialien für die häusliche Sprachförderung bereit (u. a. U077, U038). Aber auch in den Regelprojekten wird ein erhöhter Unterstützungsbedarf in der migrationssensiblen Arbeit festgestellt. Begleitung bei Behördengängen, Übersetzungsleistungen oder die Vermittlung an weiterführende Hilfsangebote (EFB, JA, KJPD etc. [3]) fällt in vielen Projekten in den Aufgabenbereich der Beschäftigten im Landesprogramm, die dabei verlässlich auf die Trägerexpertise der Kinder- und Jugendhilfe zurückgreifen können.

Zu einer guten Erziehungs- und Bildungspartnerschaft gehört gelingende Kommunikation

Neben eigeninitiativ gestalteten Formaten stellt die Gesprächsbegleitung und Mediation einen wichtigen Baustein des Landesprogramms in der Beziehungsgestaltung zwischen Schule und Elternhaus dar. Insbesondere für die Vorbereitung und Begleitung von herausfordernden Elterngesprächen binden Lehrkräfte gern und häufig projektübergreifend die sozialpädagogischen Fachkräfte ein. Diese nehmen professionell agierend eine moderierend-neutrale Rolle ein, die den Fokus vor allem bei schwierigen Gesprächsthemen wie Regelbruch, Schuldistanz oder Kinderschutz auf Verständigung und das Wohl des Kindes lenkt. Mithilfe von mediatorischen Ansätzen und deeskalierenden Gesprächstechniken gelang es den Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen häufig verhärtete Fronten aufzubrechen und Annäherung zu ermöglichen.

“

Unser Eindruck war immer, dass es sowohl für die Eltern als auch für die Kolleginnen und Kollegen hilfreich und unterstützend war, wenn die Schulsozialarbeit mit am Tisch saß. Gerade in intensiven, emotionalen Gesprächen war es nicht leicht, den Raum für ein konstruktives Gespräch zu halten, aber es gelang doch fast immer, dass die Parteien positiv aus dem Gespräch gehen konnten und Absprachen für das Wohl des Kindes getroffen werden konnten (G072; 12G07).



Resümierend lässt sich festhalten, dass die sozialpädagogischen Fachkräfte im Landesprogramm vielgestaltige Wege ausloteten, um ihre Beratungs- und Vermittlungsangebote an die Eltern heranzutragen. Diese wandten sich zunehmend eigeninitiativ an die Schulsozialarbeit und nutzten deren Expertise in Bildungs- und Erziehungsfragen für die Stärkung ihrer eigenen Kompetenzen. An vielen Standorten des Landesprogramms konnten die Erziehungsberechtigten in den Lern- und Entwicklungsprozess ihrer Kinder eingebunden und damit förderliche Bedingungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Elternhaus und Schule geschaffen werden.

“

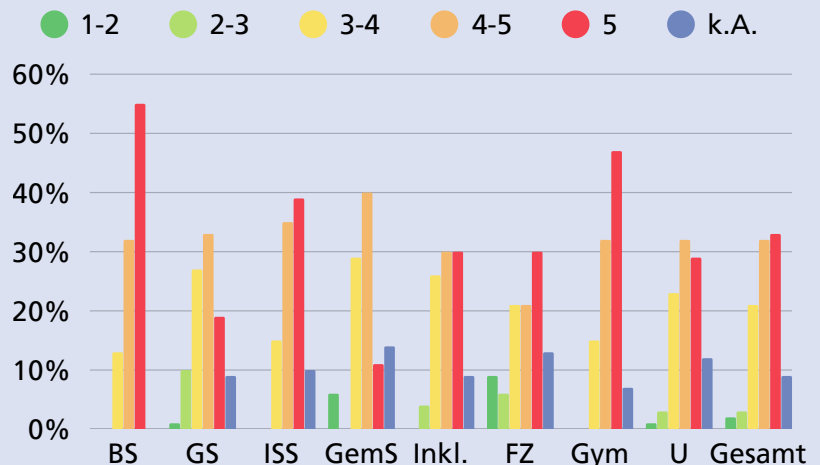
Das Team der Schulsozialarbeit wird von den Eltern als zentrale Vermittlungsinstanz zwischen ihnen und den Lehrkräften wahrgenommen. Die Schulleitung berichtet, dass diese Vermittlungsarbeit maßgeblich dazu beiträgt, ein tieferes Verständnis für die Lebenswirklichkeit der Schülerinnen und Schüler zu entwickeln (U086).



Das Thema psychische Belastungen bei Schülerinnen und Schülern ist in der täglichen Arbeit der sozialpädagogischen Fachkräfte sehr relevant. Dies zeigt die Beantwortung einer Zusatzfrage in den Sachberichten 2025.

Fragen: Welche Rolle spielt das Thema psychische Belastungen bei Schülerinnen und Schülern in Ihrer täglichen Arbeit, auf einer Skala von 1 bis 5 (1 = nicht relevant, 5 = sehr relevant)?

Wie gestalten sich Ihre konkreten Handlungsabläufe im Umgang mit Krisensituationen und/oder suizidalem Verhalten im schulischen Kontext?



BS = Berufliche Schulen **GS** = Grundschulen **ISS** = Integrierte Sekundarschulen **GemS** = Gemeinschaftsschulen
Inkl. = Inklusive Schwerpunktschulen **FZ** = Förderzentren **Gym** = Gymnasien **U** = schulstandortübergreifend
 n = 836 (Anzahl Projekte im Landesprogramm)

Hierbei wurde in über 60 % der 836 Projekte die Relevanz des Themas psychische Belastungen bei Schülerinnen und Schülern als hoch bis sehr hoch eingeschätzt. An den Beruflichen Schulen, Integrierten Sekundarschulen und Gymnasien sind die Werte mit rund 80 % besonders ausgeprägt.

Die im Landesprogramm tätigen Fachkräfte beobachten bei den Kindern und Jugendlichen zunehmend Ängste, depressive Verstimmungen, Suchtverhalten sowie suizidale Gedanken. Belastungen stehen häufig im Zusammenhang mit familiären Problemlagen, Trennungs- und Verlusterfahrungen, Leistungsdruck sowie sozialen Konflikten im Schulkontext. Diese Belastungen können sich unmittelbar auf das Lernverhalten, soziale Interaktionen und den Schulalltag auswirken und erfordern eine enge Begleitung durch das pädagogische Personal sowie präventive und intervenierende Maßnahmen.

Die kontinuierliche Beobachtung, frühzeitige Intervention und enge Zusammenarbeit mit internen und externen Partnern sind essenziell, um Krisen zu entschärfen und Kinder nachhaltig zu unterstützen. Die Reaktionen auf psychische Belastungen sind unterschiedlich. Leistungsabfall, Konzentrationsprobleme, sozialer Rückzug, Angstzustände oder (auto)aggressives Verhalten können Folgeerscheinungen sein.

Eine Aufgabe der Schulsozialarbeit ist der Versuch, das entsprechende Verhalten einzuordnen und mögliche Unterstützungsangebote anzubieten bzw. zu vermitteln. Im Rahmen der programminternen Fortbildung des Landesprogramms werden den Fach- und Lehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern (Tandems/Tridems) spezifische Fortbildungsmodul angeboten, die sie beispielsweise in Bezug auf Themen wie Suchtprävention, Umgang mit psychischen Belastungen von Kindern und Jugendlichen in der Schule professionalisieren und dadurch ihre praktische Arbeit unterstützen.



Klare Handlungsabläufe nach schulischen Krisen- und Schutzkonzepten

Grundsätzlich erfolgen die Handlungsabläufe nach den geltenden schulischen Krisen- und Schutzkonzepten, nach dem

Handungsleitfaden Kinderschutz und in Orientierung an die **Notfallpläne für Berliner Schulen**. Darin sind die Zuständigkeiten und Abläufe klar geregelt. Diese strukturierten Abläufe gewährleisten, dass betroffene Schülerinnen und Schüler schnell und angemessen unterstützt werden.

Im Falle einer akuten psychischen Belastung bzw. Gefährdung greift das innerschulische Krisenteam. Dies setzt sich in der Regel aus Schulleitung, Sekretariat, Hausmeister/ Hausmeisterin, Lehrkraft, Schulsozialarbeit sowie schulintern beauftragten Personen für Brandschutz/Sicherheit und ggf. einer Vertretung aus dem Bereich des weiteren pädagogischen Personals zusammen. Die konkreten Aufgaben des Krisenteams können dem **SIBUZ-Infobrief** entnommen werden.



Handungsleitfaden Kinderschutz

- beschreibt die verbindlichen Verfahrensregelungen im Bereich Kinderschutz und soll Fachkräften Handlungssicherheit und Orientierung geben.



Notfallpläne für Berliner Schulen

- umfassende Handreichung, die insbesondere den schulischen Krisenteams bei der Bewältigung von Notfällen und Krisen Orientierung sowie größtmögliche Handlungssicherheit bietet.



Krisenteam an Schule

- Aufgabe ist die Gewalt- und Krisenprävention in der Schule, die Umsetzung der erarbeiteten Konzepte im Akutfall sowie die Nachsorge.

Auch in der Praxis bewähren sich die in den Schutzkonzepten abgebildeten Handlungsabläufe. In der Beantwortung der Zusatzfrage zum Thema Umgang mit psychisch belasteten Kindern und Jugendlichen gestalten sich die Handlungsschritte in einem Großteil der Projekte wie folgt:

Gespräche

„In belastenden Situationen wurden niedrigschwellige, beziehungsorientierte Gespräche geführt, mit dem Schwerpunkt auf emotionaler Entlastung, Stabilisierung und dem Herstellen von Sicherheit.“

Früherkennung

„Früherkennung: Lehrkräfte, Schulsozialarbeit und gegebenenfalls weitere Fachkräfte beobachten gezielt Auffälligkeiten im Verhalten der Schüler:innen (z. B. in Form von Rückzug, Aggression etc.)“

Einbezug der Eltern

„Einbezug der Eltern: Ein Austausch mit den Erziehungsberechtigten findet statt, sofern dies angemessen und zielführend ist.“

Rücksprache im Team

„Es wird im multiprofessionellen Team beraten, welche Schritte notwendig sind, um dem Bedarf des einzelnen Kindes gerecht zu werden.“

Dokumentation

„Gespräche und Maßnahmen werden dokumentiert, und es erfolgt eine begleitende Nachsorge zur Stabilisierung der Schüler:innen.“





Kooperation mit externen Hilfestellen

Je nach Situation ist es notwendig, neben den innerschulischen Maßnahmen auch an externe Hilfestellen (z. B. Kinder- und Jugendpsychiatrie, Beratungsstellen, Krisendienste) weiter zu vermitteln bzw. sich beraten zu lassen. Die sozialpädagogischen Fachkräfte berichten allerdings, dass die Anbindung an externe Hilfesysteme eine immer größere Herausforderung darstellt. Lange Wartezeiten (z. B. bei der therapeutischen Versorgung), eingeschränkte Kapazitäten und klare Zuständigkeitsgrenzen externer Angebote sowie unterschiedliche Auslegungen zum Datenschutz erschweren teilweise eine zeitnahe Weitervermittlung, sodass die Schule überfordernde Situationen zum Teil über einen längeren Zeitraum alleine auffangen muss.



TIPPS FÜR EXTERNE KOOPERATIONSPARTNERINNEN UND -PARTNER

Ungeachtet der hohen Auslastung ist die **Expertise von externen Beratungsstellen** für die Schulsozialarbeit unverzichtbar. Durch die Beratung gewinnt die sozialpädagogische Fachkraft zusätzliche Sicherheit im weiteren Vorgehen und in der Einschätzung der Situation. Unterstützend vermitteln Fortbildungen im Bereich der mentalen Gesundheit Handlungssicherheit und fachliche Kompetenzen.

Angefragte externe Beratungsstellen sind unter anderem:

- ✓ **SIBUZ:** SIBUZ steht für Schulpsychologische und Inklusionspädagogische Beratungs- und Unterstützungszentren und bietet Beratung sowie Unterstützung für Schülerinnen und Schüler, Eltern und Schulpersonal. Das SIBUZ-Pankow hat beispielsweise zum Thema psychisch belastete Kinder und Jugendliche ein **Padlet** mit umfangreichen Informationen und Tipps zusammengestellt.
- ✓ **Strohalm e.V.:** Fachstelle in Berlin, die sich auf die Prävention von sexualisierter Gewalt an Kindern konzentriert und Präventionsprogramme, Fortbildungen und Beratungen für pädagogisches Fachpersonal anbietet.
- ✓ **Neuhland:** Gemeinnütziger Träger in Berlin, der sich auf Krisenhilfe für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene spezialisiert hat. Der Schwerpunkt liegt auf der Suizidprävention.

Präventive Maßnahmen

Damit psychische Belastungen bei Kindern und Jugendlichen möglichst früh erkannt werden und damit auch rechtzeitig Hilfen installiert werden können, spielt der Gesamtkontext zur Prävention für die sozialpädagogischen Fachkräfte im Landesprogramm eine wichtige Rolle. Es werden Einzelgespräche, Gruppenangebote und Rückzugsmöglichkeiten offeriert, die Krisensituationen vorbeugen und frühzeitig entlastend wirken. Präventive Projekte und Workshops für die Schülerinnen und Schüler zur Stärkung sozial-emotionaler Kompetenzen, Stressbewältigungskompetenzen und zur Resilienzförderung können eine stabilisierende Wirkung erzielen und die seelische sowie emotionale Gesundheit der Kinder und Jugendlichen stärken. Unterstützend ist hierbei auch die Kooperation mit externen Akteuren, die beispielsweise Anti-Gewalt-Trainings anbieten. In einigen Schulen haben die sozialpädagogischen Fachkräfte einen Notfallkoffer mit diversen Tools zur Selbstregulation und Notfallkontakten angeschafft, der von den Betroffenen gut angenommen wird. Viele sozialpädagogische Fachkräfte haben einen Briefkasten, der Kindern die Möglichkeit bietet, anonym Briefe einzuwerfen und ggf. auf Kinder aufmerksam zu machen, die Hilfe oder Unterstützung benötigen.

Die folgenden Praxisbeispiele zeigen, wie schulbezogene Jugendsozialarbeit mit präventiven Angeboten wirken kann.



PRAXIS-BEISPIEL: AG „MENTALE GESUNDHEIT“

Am Hannah-Arendt-Gymnasium (Y044; 08Y06) wurde bereits im Schuljahr 2023/24 die AG „Mentale Gesundheit“ in enger Zusammenarbeit mit Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften gegründet.

In der Ausgangssituation berichtete eine Gruppe von Lehrkräften von der Überforderung mit dem Lernstoff der neu gestarteten 7. Klassen nach dem Übergang von der Grundschule, aber auch generell dem Anstieg der psychischen Belastung der Schülerinnen und Schüler. Die Lehrkräfte äußerten, dass es diesbezüglich eine Anlaufstelle geben sollte, an die sich die Jugendlichen wenden können, um Wünsche der Unterstützung teilen zu können.

Die daraus entstandene Projektgruppe Mentale Gesundheit (Selfcare-AG) - offen für Schülerinnen und Schüler der Klassenstufen 7 bis 10 - möchte erreichen, dass die Erkenntnis hinsichtlich mentaler Probleme und die Wichtigkeit von Selfcare unter der Schülerschaft gestärkt wird. Außerdem werden die verschiedenen Bereiche mentaler Probleme aufgezeigt und es werden Aufklärungs-Workshops organisiert. Auch Stressbewältigungskurse wurden bereits angeboten. Innerhalb der AG erfolgt ein Austausch, welche Themen wichtig wären und wie man Schülerinnen und Schüler thematisch mitnimmt. Es wurde ein praxisnaher schulinterner Handlungsleitfaden erstellt zum Thema „Wie gehe ich vor, wenn es mir total schlecht geht? Wo kann ich mich hinwenden?“. Im Vordergrund steht eine Exit-Strategie, die Maßnahmen zur Stressbewältigung und weiterführende Skills bereithält - dies auch im Hinblick auf depressive Verstimmung, verletzendes Verhalten sowie Suizidgedanken. Dazu wurde auch auf die Expertise des SIBUZ zurückgegriffen. Als Unterstützung folgt je nach individueller Ausgangslage in direkter Abstimmung mit der betroffenen Person eine Begleitung an externe Institutionen oder zunächst an die Vertrauenslehrkräfte und die Schulsozialarbeit.

Verantwortlich für die AG sind der Schulsozialarbeiter und zwei Lehrkräfte. In der AG beteiligen sich durchschnittlich 10 bis 12 Schülerinnen und Schüler und wirken aktiv an Präventionsmaßnahmen mit. Dazu zählen auch die Gestaltung von Aktionen sowie die Aufbereitung und Sichtbarmachung von Themen rund um die mentale Gesundheit. Erarbeitet wurden auch Aufklärungs- und Informationsposter, u. a. zum Thema Essstörungen und hilfreiche Adressen in Notfällen. Darüber hinaus erfolgten Umfragen in der Schülerschaft zu mentaler Gesundheit mit anschließender Informationsweitergabe an die Schülerinnen und Schüler. Die Teilnehmenden der AG haben u. a. eine Panik-Box für Jugendliche mit Panikattacken erstellt. Darin enthalten sind einfache Hilfsmittel wie Igelbälle, Lavendelsack, Luftballons etc., die bei Panik Ersthilfe leisten können (siehe Foto).



Ein weiterer Meilenstein ist die Kooperation mit dem [Landesprogramm „Gute gesunde Schule“](#), die am Hannah-Arendt-Gymnasium seit dem Schuljahr 2023/24 besteht. Dank dieser Partnerschaft können Workshops zur mentalen Gesundheit in verschiedenen Klassenstufen finanziert und durchgeführt werden, um das Thema noch stärker in den Schulalltag zu integrieren und das Bewusstsein der gesamten Schulgemeinschaft für mentale Gesundheit zu schärfen. Der Verein [„Kopfsachen e.V.“](#) setzt am Hannah-Arendt-Gymnasium Workshops mit den 10. Klassen um. Hierbei geht es gezielt um Aufklärung und Stressbewältigung während der Oberstufenzeiten.



In den Projekten, die in erster Linie mit neuzugewanderten oder geflüchteten Kindern und Jugendlichen arbeiten, ist das Thema mentale Gesundheit ein zentraler Bestandteil der Arbeit. Die psychische Belastung liegt in Willkommensklassen im Vergleich zu Regelklassen oft noch höher, da sie sich häufig in besonders herausfordernden Lebenssituationen befinden, die ihre Lern- und Entwicklungsbedingungen deutlich beeinflussen.



Viele haben vor oder während ihrer Flucht belastende Erfahrungen gemacht, wie Krieg, Gewalt, Verlust von Angehörigen, Unsicherheit oder lange Fluchtwege. Hinzu kommen aktuelle Belastungen in Berlin, wie z.B. Sprachbarrieren, kulturelle Unterschiede, Trennung von Familienmitgliedern, unsicherer Aufenthaltsstatus sowie Leistungsdruck in der Schule. (U053)

Auch hier werden die bereits beschriebenen Handlungsschritte angewandt und externe Hilfen in Anspruch genommen.

Im Bereich der präventiven Maßnahmen wird das Konzept der Healing Classrooms, das bereits ausführlich im Jahresbericht 2023 vorgestellt wurde, in immer mehr Willkommensklassen genutzt.



Die Anwendung des Healing-Classroom-Konzepts in zwei Klassen zeigte insgesamt positive Effekte. Viele Kinder fühlen sich sicherer, sprechen offener über ihre Gefühle und nehmen Unterstützung bewusster an. Die Klassenatmosphäre ist ruhiger, Konflikte treten seltener auf und kooperatives Verhalten nimmt zu. Dies wirkt sich positiv auf die Konzentration und das Lernverhalten der Kinder aus. (U039)



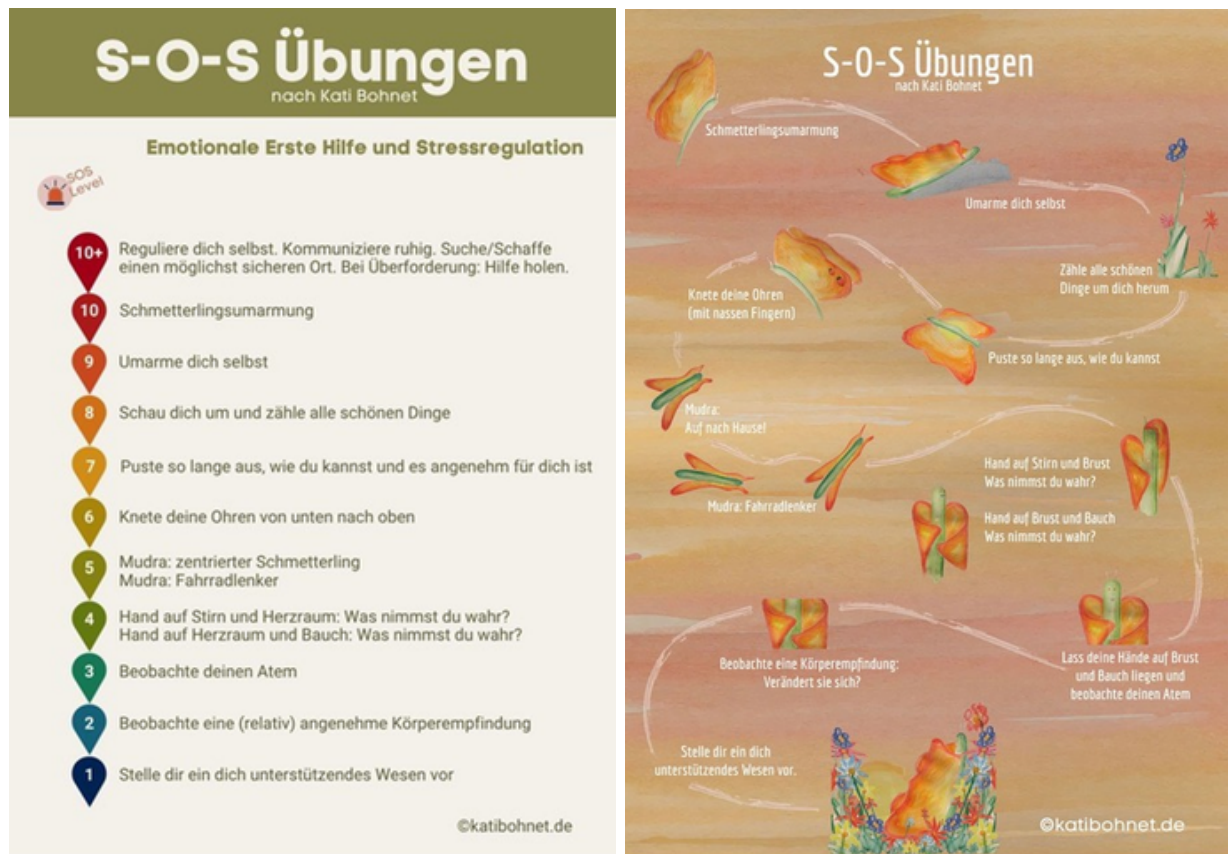
Das Programm healing classrooms unterstützt pädagogische Fachkräfte, stabilisierende Lernumgebungen zu schaffen und durch interaktives Spiel Stress zu reduzieren



In einem Projekt in Reinickendorf (U028) wurden im Rahmen der Entwicklungsziele in über 20 Willkommensklassen Workshops zur Stärkung der körperlichen, seelischen und emotionalen Gesundheit angeboten. Ziel war es die optimistische Sichtweise der Kinder und Jugendlichen zu fördern, um ihnen zu helfen, die Herausforderungen des Alltags und der Zukunft besser zu bewältigen. Die Workshops wurden von allen positiv aufgenommen und sollen auch in den folgenden Klassen wiederholt werden.

PRAXIS-BEISPIEL: SOS-ÜBUNGEN

Das Tandem der Hermann-Scheer-Schule (OSZ Wirtschaft) (B030/2; 09B03) hat Ende 2024 im Rahmen der programminternen Fortbildung an der Veranstaltung „Traumasensibles Arbeiten: Regulation und Stressbewältigung bei Schülerinnen und Schülern“ (Referentin: Traumatherapeutin Kati Bohnet) teilgenommen und wesentliche Inhalte zu SOS-Übungen zur „Emotionalen Ersten Hilfe“ und „Stressregulation“ erfahren, die innerschulisch nun Anwendung finden.

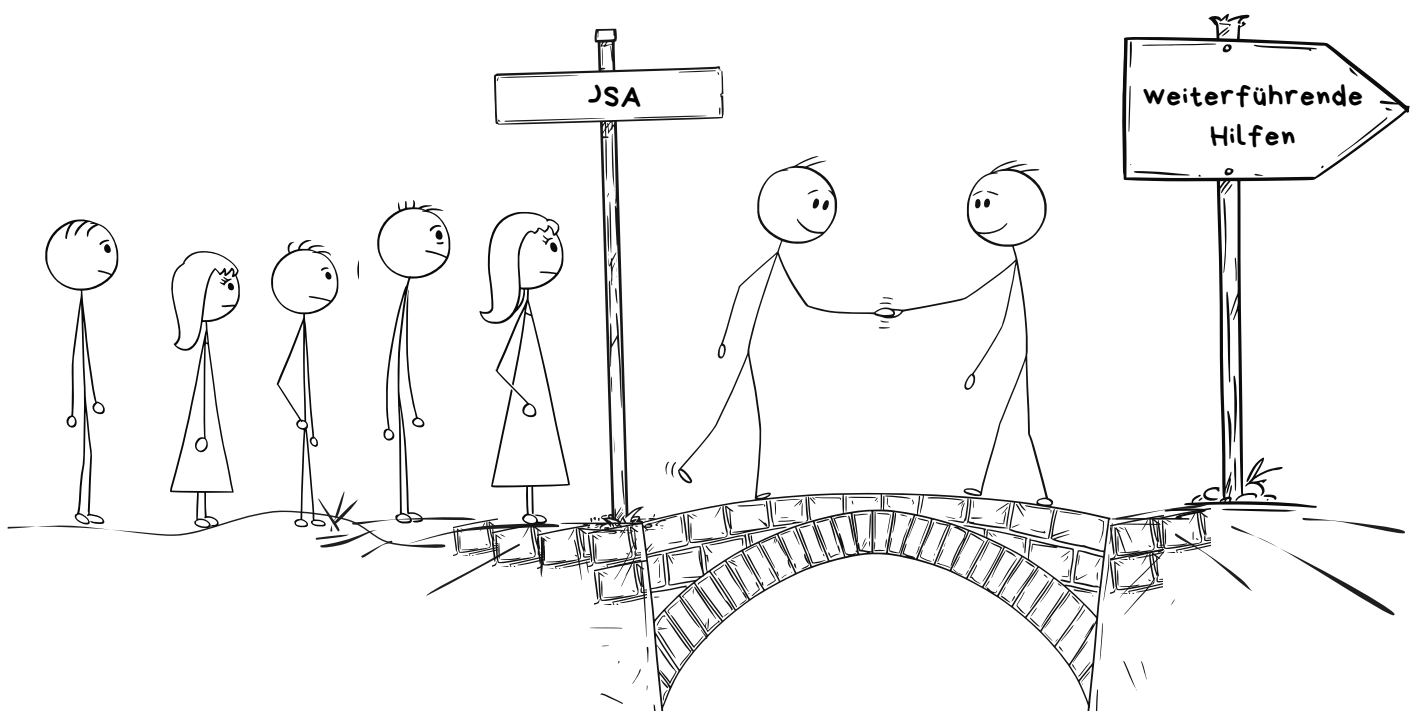


Es handelt sich dabei um traumatherapeutisch erprobte Abfolgen von einfachen Übungen, die sowohl in Akutsituationen als auch für die regelmäßige Selbstfürsorge hilfreich sind. SOS steht hierbei für Somatisch Orientierte Sicherheit und zielt darauf ab, ein inneres Gefühl von Sicherheit zu fördern, welches das Nervensystem automatisch reguliert. Die SOS-Übungen helfen, Panikattacken, Angstzustände, Wut, Trauer und hohen Stress zu reduzieren. Die Übungen können sowohl im Einzelsetting angewandt werden als auch in Gruppen, um beispielsweise die Achtsamkeit zu verbessern (siehe Foto Ablauf SOS-Übungen).

An der Hermann-Scheer-Schule wird diese Methode unter anderem zur Unterstützung der Emotionsregulation eingesetzt. Die SOS-Übungen werden situativ mit Schülerinnen und Schülern in panischen und emotional überwältigenden Situationen durchgeführt. Im Anschluss sind diese dann oftmals bereit für die ressourcen- und lösungsorientierte Arbeit. Die Methode ist sichtbar wirksam (durch schulinternes Feedback bestätigt) und entlastet die betreffenden Schülerinnen und Schüler. Gleichzeitig bietet sie den pädagogischen Fachkräften im Schulalltag wertvolle Handlungsoptionen.



Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die sozialpädagogischen Fachkräfte regelmäßig mit psychischen Belastungen der Schülerinnen und Schüler konfrontiert werden. Diese Belastungen können durch bestehende präventive Strukturen und frühzeitige Interventionen in vielen Fällen ansatzweise bis gut aufgefangen werden, was beispielhaft aufgezeigt wurde. In der Regel ist die Schulsozialarbeit die erste Anlaufstelle für Schülerinnen und Schüler sowie für Erziehungsberechtigte und das Kollegium. Dabei übernimmt die sozialpädagogische Fachkraft eine koordinierende, stabilisierende und begleitende Rolle. Aufgrund der Vielzahl und Unterschiedlichkeit überschreiten aber viele Problemlagen die fachlichen und strukturellen Handlungsmöglichkeiten der Schulsozialarbeit, sodass in der Folge und im Interesse der Beteiligten ein vernetztes Vorgehen angezeigt ist. Gerade hier übernehmen die bei freien Trägern der Jugendhilfe angestellten sozialpädagogischen Fachkräfte aus dem Landesprogramm eine bedeutsame und überwiegend akzeptierte Brückenfunktion. Der Mehrwert der Kooperation der Schulen mit freien Trägern der Kinder- und Jugendhilfe wird im **Kapitel 2 „Fachliche Expertise des Landesprogramms“** ausführlich thematisiert.



Teilweise stehen gezeigte psychische Belastungen auch im direkten Zusammenhang mit der Gestaltung des außerschulischen Alltags. Viele Kinder und Jugendliche verbringen ihre Freizeit gern und oftmals mit digitalen Medien, spielen online oder nutzen Social Media anstatt sich persönlich mit Freunden zu treffen. Es ist wissenschaftlich untermauert, dass dadurch Unsicherheiten im Umgang mit Mitmenschen oder in Gruppen entstehen können oder aber sich ein ungesundes, permanentes Vergleichsverhalten mit Peers manifestiert. Teilweise werden Ängste geschürt, die sich beispielsweise auf gesellschaftliche oder politische Themen/Entwicklungen beziehen und auf deren Fragen oder Problemstellungen nur unzureichende oder gar verfälschte Antworten generieren. Eine nicht zu unterschätzende Anzahl von Schülerinnen und Schülern jeder Altersgruppe ist laut den Angaben der sozialpädagogischen Fachkräfte durch überhöhten Medienkonsum psychisch belastet.

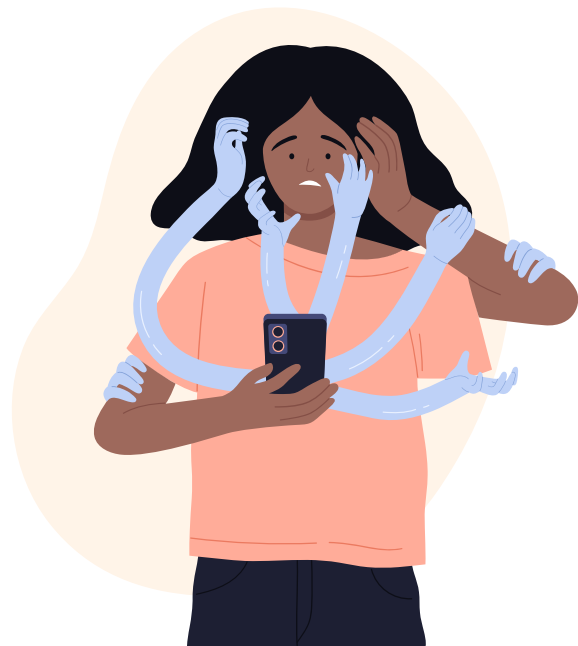


Digitale Medien gehören immer mehr zum schulischen und außerschulischen Alltag der Kinder und Jugendlichen – aber wo endet Medienkompetenz und wo beginnt Abhängigkeit?

Digitale Medien haben in unserer zunehmend digitalisierten Welt stark an Bedeutung gewonnen. Sie ermöglichen schnellen Kontakt und Kommunikation und bieten gleichzeitig einen nahezu unbegrenzten Zugang zu sinnvollen und fragwürdigen Informationen sowie zu Unterhaltungsformaten. Bereits Kleinkinder wachsen in Deutschland mit einem breiten Medienrepertoire auf. In nahezu allen Haushalten sind Fernsehgeräte, Smartphones, Computer/Laptops sowie ein Internetzugang vorhanden. Für das Jahr 2024 galt, dass 6 % der 6- bis 13-Jährigen bereits über ein eigenes Smartphone verfügen [1].

Doch Kinder und Jugendliche sind besonders vulnerabel und verbringen nicht selten zu viel Zeit mit digitalen Diensten. Mit einer Nutzungsdauer von zwei Stunden und 44 Minuten bei den 7- bis 9-Jährigen bis zu 7 Stunden und 51 Minuten bei den 15- bis 17-Jährigen [2] liegt die Nutzung deutlich über den allgemeinen Empfehlungen für ein gesundes Mediennutzungsverhalten [3].

Als weitere bedeutsame Schwierigkeit wird seit Jahren aufgezeigt, dass unrealistische Vergleiche mit inszenierten und geschönten Bildern in sozialen Medien individuelle Verunsicherungen auslösen und somit das Selbstwertgefühl (nachhaltig) beeinträchtigen können. Teilweise entsteht Druck, von der Peer-Group abgehängt zu werden, wenn man nicht ständig reagiert oder die Angst, etwas zu verpassen (Fear of missing out [4]) – beides sind zentrale Aspekte, die zu exzessivem Konsum führen können. Mittlerweile ist stundenlanges Gamen insbesondere bei Jugendlichen stärker verbreitet, was sich nicht selten negativ auf die schulischen Leistungen auswirkt.



Fakt ist: Mediennutzung kann beispielsweise zusätzlichen Stress erzeugen, die Konzentration stören, Frustrationstoleranz reduzieren, zu körperlicher sowie psychischer Erschöpfung führen oder Isolierung zur Folge haben. Mit Blick auf die psychische Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zeigt sich, dass exzessive Mediennutzung mit einer Vielzahl von psychischen Problemen korreliert. Dabei wird vor allem das Suchtpotenzial von Online-Spielen und sozialen Netzwerken diskutiert. „Die Gefährdung besteht teilweise in der Symptomatik selbst: dauernde gedankliche Beschäftigung, Entzugssymptome, Kontrollverlust, Verlust früherer Interessen, Schlaf- und Bewegungsmangel, Gefährdung sozialer Beziehungen, Eskapismus [Flucht aus der realen Welt als Bewältigungsstrategie] und Leistungsabfall“ [5]. Interessant vor diesem Hintergrund ist, dass die betroffenen Kinder und Jugendlichen selbst reflektierten, dass ihnen die frequentierte Nutzung vieler Social Media Plattformen schadet. Dies ist eines der Ergebnisse der aktuellen JIMPlus-Studie zum digitalen Wohlbefinden von Jugendlichen in Deutschland [6].

Im Familienalltag sind digitale Medien oft ein kontroverses Thema und die Meinungen hinsichtlich Bildschirmzeiten und konsumierter Inhalte gehen (weit) auseinander. Eltern sind vermehrt verunsichert und machen sich Sorgen um einen sicheren Umgang mit PC oder Smartphone. Fest steht, ein gesunder Umgang mit Medien braucht klare Regeln und Orientierung im außerschulischen und auch im schulischen Bereich. Hier sind sowohl Eltern als auch sozialpädagogische Fachkräfte gefragt, Vorbildfunktionen einzunehmen, aufzuklären und den Kindern und Jugendlichen einen angemessenen Rahmen zu bieten [7].



Angebote der Jugendsozialarbeit im Landesprogramm

Aus den Sachberichten geht deutlich hervor, dass das Thema Medienkonsum an den Berliner Schulen sehr bedeutsam ist und viele Kinder durch überhöhten Medienkonsum in unterschiedlicher Art und Weise belastet sind. In mehr als der Hälfte der 836 Projekte ist die Förderung der Medienkompetenz ein relevanter Programmschwerpunkt (siehe auch [Kapitel 3](#)). Das Thema wird in zahlreichen Angeboten und Projekten wie auch in der Beratung aufgegriffen. Es kommen Projekte als Gruppenangebote in Schulklassen oder klassenübergreifende Beratungsformate zum Einsatz, um die Schülerinnen und Schüler für eine gelingende Nutzung der digitalen Dienste zu sensibilisieren. Vor allem Angebote ab Klassenstufe 4 wurden im Berichtsjahr 2025 umgesetzt. Hier fanden neben vielen anderen Projekten z. B. Kooperationen mit Bits21, DigitalVollNormal (siehe auch [Kapitel 5](#)) oder der Berliner Fachstelle für Suchtprävention statt.

WORKSHOPS

Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH

Angebote sowohl für Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Eltern

Präventionszentrum für Verhaltenssuchte Berlin

Angebote für Fachkräfte an Schulen

MATERIALIEN

Manual der Fachstelle für Suchtprävention Berlin gGmbH

zur Begleitung Jugendlicher zu einer besseren Kontrolle ihres Online-Nutzungsverhaltens.

Informationen zu festen Bildschirmzeiten vom [Projektbüro SCHAU HIN!](#)

ANLAUFSTELLEN

Lost in Space

Beratungsstelle für Mediensucht vom Zentrum für Verhaltenssucht

Fachverband Medienabhängigkeit e. V.

bundesweite Beratungsstellensuche u. a. auch für Klinikprechstunden zum Thema

Juuuport e. V.

Peer to Peer Beratung u. a. auch zum Thema Medienkonsum

Fokus: stärkere Einbindung der Erziehungsberechtigten ist wichtig

Viele Angebote der Jugendsozialarbeit erfolgen im Programm im Rahmen von zielgerichteter Elternarbeit, wie Informationskursen und thematischen Elternabenden. Im Vordergrund stehen insbesondere Bewusstseins-schaffung für das Thema, das mitnehmende Werben zur Wahrnehmung der eigenen Vorbildfunktion, Verdeutlichung der unterschiedlichen Gefahren und Auswirkungen, das genaue Hinschauen beim eigenen Kind und Handlungsempfehlungen. Die Frage, was das eigene Kind im Internet nutzt, ist dabei zentral. Hierzu finden zahlreiche Angebote in Kooperation mit der Polizei oder spezialisierten Trägern und Beratungsstellen statt, die Eltern und Fachkräfte zur Mediennutzung beraten, ggf. sogar begleiten.

In einigen Sachberichten wird sehr deutlich beschrieben, dass häufig Eltern erreicht werden, die bereits mit dem Thema vertraut und dafür sensibilisiert sind. Eltern von Schülerinnen und Schülern, die problematische Verhaltensweisen oder Hinweise auf überhöhten Medienkonsum zeigen, werden oftmals noch nicht erreicht. Hier besteht weiterhin die Notwendigkeit, die Reichweite der Informations- und Beratungsangebote zu erhöhen und für die schulische Implementierung aktiv mitzudenken.



Praxisbeispiel - Unterstützungsprojekt für Schülerinnen und Schüler zur bewussten Mediennutzung an der Theodor-Haubach-Schule

An der Theodor-Haubach-Schule (U083; 07K04) in Tempelhof-Schöneberg wird dem gesunden Umgang mit digitalen Medien eine große Bedeutung zugeschrieben. Nach Einschätzung der sozialpädagogischen Fachkräfte besteht mutmaßlich ein Zusammenhang zwischen Schuldistanz und problematischem Medienkonsum an der Schule.



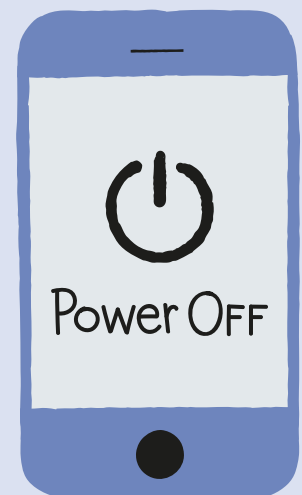
Der exzessive Gebrauch von Medien hat eine Vielzahl von negativen Effekten und ist mitverantwortlich für das vermehrte Auftreten von Angststörungen und depressiven Episoden, was sich wiederum negativ auf den Schulbesuch auswirken kann (U083).

Suchtprozesse, die sich über längere Zeiträume aufgebaut haben, können in der Regel nicht kurzfristig aufgelöst werden, sondern benötigen eine kontinuierliche Begleitung. Das Team der Jugendsozialarbeit hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, dem Thema Medien- und Internetsucht gezielt und schulbezogen umfassend zu begegnen. So wurden die Strategien gegen Mediensucht auf verschiedenen Ebenen angesiedelt, dies im Rahmen von Beratungen für Kollegium und Elternschaft sowie Angeboten und Maßnahmen für die Schülerinnen und Schüler.

Die Relevanz der Thematik ist mehrfach in unterschiedlichen Formaten ins Kollegium und Team getragen worden. Über Fortbildungen und den Austausch mit spezifischen Einrichtungen wurde die Beratungskompetenz der sozialpädagogischen Fachkräfte vor Ort erhöht. Weitere Kontakte und Beratungsoptionen wurden ermittelt und den Jugendlichen und deren Eltern zugänglich gemacht.

Die Maßnahmen für die Schülerinnen und Schüler setzen bereits in Klassenstufe 7 an, um die Jugendlichen zum frühestmöglichen Zeitpunkt zu erreichen. Sie sollen alle Jugendlichen präventiv ansprechen, aber auch spezifische Angebote für bereits bekannte Fälle von problematischem Medienkonsum beinhalten. Dazu gehören:

- **praxisnahe Workshops** in der Klasse, die Chancen und Risiken greifbar machen und Verhaltensveränderungen fördern,
- **Peer-to-Peer-Education** als Ergänzung, bei der geschulte Schülerinnen und Schüler zur Beratung zur Verfügung stehen und eigene Erfahrungen glaubhaft teilen können,
- eine **Projektwoche „Eine Woche offline!“** als Selbsterfahrung und Reflexionsmöglichkeit,
- der **Fokus auf Offline-Aktivitäten**: Sport, kreative Angebote bei der Pausengestaltung und Angebote des Ganztags,
- die Begleitung einzelner Schülerinnen und Schüler zu spezifischen **Beratungsstellen** (z. B. Lost in Space).



Dazu aktivieren Formate für Eltern diese in ihrer verantwortlichen (Vorbild)Rolle und unterstützen die Nachhaltigkeit der präventiven Angebote. Dazu gehören z. B. Informationsveranstaltungen im Rahmen von Elternabenden sowie Beratungsangebote durch die schulische Jugendsozialarbeit oder verschiedene externe Anbieter (SIBUZ, Caritas, etc.). Diese unterstützen die Eltern dabei, die Mediennutzung ihrer Kinder im Blick zu behalten und einen altersadäquaten und gesunden Umgang mit digitalen Medien zu fördern.

08 FAZIT



In den vorangegangenen Kapiteln haben Sie einen Teileinblick in die Programmatik des Landesprogramms „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“ fokussiert auf das Jahr 2025 erhalten. Das Landesprogramm stellt für die Programmschulen eine wesentliche und zielgruppenscharfe zusätzliche Unterstützung im Schulalltag dar. Realisiert wird es durch engagierte sozialpädagogische Fachkräfte in Kooperation mit 82 Trägern der freien Kinder- und Jugendhilfe – ein wichtiger und wertvoller Baustein für die einbezogenen Bildungseinrichtungen.

Ob bei der Extremismusprävention, der Gestaltung der Erziehungs- und Bildungspartnerschaft oder bei der Förderung der mentalen Gesundheit: Als integraler Bestandteil der Schulgemeinschaft ist die Fachexpertise bei den schulischen Zielgruppen stark nachgefragt. Mit präventiven Angeboten und zielgerichteter Intervention trugen die sozialpädagogischen Fachkräfte des Landesprogramms maßgeblich dazu bei, Krisen- und Konfliktsituationen zu entschärfen, passgenaue Hilfen zu installieren und präventive Angebote oder auch Maßnahmen zu realisieren, wie die nachfolgenden drei Beispiele auszugsweise verdeutlichen.

„Die Angebote der Schulsozialarbeit werden sowohl von Schülerinnen und Schülern als auch von Lehrkräften stark frequentiert genutzt. Im Berichtszeitraum konnte eine solide Zusammenarbeit und ein starkes Vertrauensverhältnis wachsen, was die Arbeit in einem hohen Maße fördert“ (Y048; 10Y03).

„Die Arbeit der SozialarbeiterInnen wird nach wie vor vom gesamten Kollegium respektiert, wertgeschätzt und ist fester Bestandteil der Schule“ (S044; 03S08).

„Auch in herausfordernden Situationen konnte durch frühe Intervention, Gespräche und enge Abstimmung mit Lehrkräften deeskalierend und unterstützend gewirkt werden. Die Arbeit zeichnete sich dabei durch eine klare Struktur, Beziehungsorientierung und einen ressourcenorientierten Blick auf die Schüler*innen aus. Insgesamt lässt sich feststellen, dass die Schulsozialarbeit im vergangenen Jahr an Sichtbarkeit, Wirksamkeit und Akzeptanz gewonnen hat“ (K037; 02K09).

Für eine Vielzahl von Erziehungsberechtigten war die Jugendsozialarbeit erste Ansprechpartnerin und primäre Ratgeberin in Bezug auf familiäre und schulbezogene Fragestellungen. Die hohe Beratungsnachfrage der Eltern erklärt sich einerseits aus einem gestiegenen Bedarf an Information und Hilfestellung, kann aber auch auf die elternaktivierenden Angebote der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zurückgeführt werden. Bei komplexeren Fragestellungen gelang es im Landesprogramm häufig, die ratsuchenden Familien erfolgreich an weiterführende Hilfesysteme anzubinden.



Im Bereich der Demokratieförderung ergänzten die Schwerpunktsetzungen im Landesprogramm die schulrechtlich vorgeschriebenen Prozesse und Formate in förderlicher Weise. Im Zusammenspiel von Vorgaben (Handlungsrahmen Schulqualität in Berlin, Schulgesetz für das Land Berlin, thematischen Leitfäden) und programmbezogenen Zielsetzungen wurden partizipative Angebote für die Kinder und Jugendlichen immer mehr zu einem wichtigen Bestandteil ihres schulischen Alltags.

Das Schülerparlament, die U18-Wahl im vergangenen Jahr, Wahlen für den Schüler/-innen-Haushalt, Abstimmungen im Klassenrat sind Beispiele, die eine positive Wirkung auf die Schulgemeinschaft haben und von schulischer Seite sehr oft in den schulscharfen Statusberichten zum Ausdruck gebracht werden (Beispiel: G236; 03G37). Die Etablierung von Mitbestimmungsstrukturen im Schulalltag und das Ermöglichen von Selbstwirksamkeitserfahrungen durch Workshops, Projektstage, Theaterstücke etc. zählten entscheidend auf ein diskriminierungssensibles Schulklima und die Herausbildung eines individuell-demokratischen Wertegerüsts ein. Zugleich bildet dies ein wirksames Gegengewicht zu Radikalisierungstendenzen und antidemokratischem Gedankengut.



Die Angebotsvielfalt im präventiven Bereich wurde dabei nicht zuletzt durch die kontinuierliche Fortbildung und Weiterqualifizierung der multiprofessionellen Teams (Tandems/Tridems) der Schulen ermöglicht. Hier spielte die programminterne Fortbildung des Landesprogramms eine zentrale Rolle, die mit ihrer Themenwahl dafür sorgte, Fachwissen zu aktualisieren, Kompetenzen zu erweitern und Handlungssicherheit zu generieren. Die an vielen Schulstandorten des Landesprogramms zu beobachtende enge Zusammenarbeit zwischen den pädagogischen Professionen machte sich auch bei der Förderung der mentalen Gesundheit der Schülerinnen und Schüler bezahlt. Je stärker das gesamte Kollegium für die Erscheinungsformen psychischer Belastungen sensibilisiert war und je besser vulnerable Kinder und Jugendliche im Schulalltag erfasst wurden, desto umfassender und passgenauer konnten sozialpädagogische Maßnahmen der Stabilisierung, Resilienzförderung und Stressbewältigung (siehe u. a. SOS-Übung in [Kapitel 6](#)) gestaltet werden.

Als stützende Begleiterin der Schülerinnen und Schüler und als Vermittlerin zwischen Schule und sozialräumlichem Hilfesystem war die schulbezogene Jugendsozialarbeit ein zentraler Baustein in der gemeinsamen Hilfeplanung. Ihr kam – das machen die Ausführungen im Kapitel 6 deutlich – beim Erhalt und der Wiederherstellung des psychischen Wohlbefindens der Kinder und Jugendlichen eine entscheidende Bedeutung zu.

“*Viele Schüler*innen haben eine gute Vertrauensbasis zu uns aufgebaut und nehmen uns als zuverlässige, unterstützende und vertrauenswürdige Anlaufstelle wahr (G035; 05G28).*”

“*Das Büro der Schulsozialarbeit entwickelte sich zu einer "Wohlfühl-Oase" und Rückzugsort für Kinder. Gemeinsam konnten wir viele Unterstützungsmaßnahmen für Kinder und deren Familien einleiten und Gefährdungen abwenden (G2016; 03G09).*”





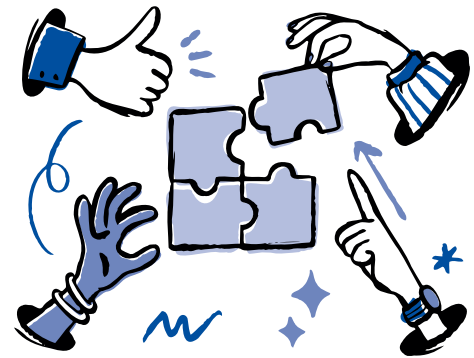
Schulartübergreifend bewerteten die sozialpädagogischen Fachkräfte das Anwachsen der multiprofessionellen Teams als positiv und betonten die damit einhergehende Möglichkeit, das Unterstützungsangebot nachhaltig auszubauen. Zugleich war die personelle Verstärkung in Form von Schulpsychologinnen und -psychologen, der Sonderpädagogik, der Lerntherapie o. ä. mit einem steigenden Grad an komplementärer Fachlichkeit assoziiert und führte bei guter Koordination zu einer spürbaren Entlastung der einzelnen Professionen an Schule.

“

Die Zusammenarbeit in einem multiprofessionellen Team, bestehend aus Sozialarbeit, Schulpsychologie, Sonderpädagogik und Lehrkräften, hat die Handlungsmöglichkeiten erweitert und die fachliche Qualität der Arbeit erhöht (K030; 09K08).

“

Durch die multiprofessionelle Kooperation im Schulalltag konnte Konflikten und herausfordernden Situationen frühzeitig, effektiv und deeskalierend begegnet werden. Die kontinuierliche Weiterentwicklung der multiprofessionellen Zusammenarbeit führte zu deutlich verbesserten Abstimmungs- und Unterstützungsprozessen (G079G; 01G24).



Faktoren, die den Arbeitsalltag der sozialpädagogischen Fachkräfte hingegen belasteten, lassen sich allgemein bekannten Problemlagen zuordnen. So führten vor allem begrenzte zeitliche und personelle Ressourcen der Fachkräfte an vielen Schulstandorten zu einem beständigen Austarieren der unterschiedlichen Aufgaben von Schulsozialarbeit. Der Begleitung und Nachsorge akuter Konflikte und Krisensituationen wurde dabei selbstverständlich Vorrang eingeräumt, mitunter zulasten präventiver Angebote, wie dem Sozialen Lernen. Schulartübergreifend mehrten sich außerdem komplexe Einzelfälle, die mit einem hohen Bedarf an Beratung und Begleitung einhergingen und einer gezielten Koordination und Priorisierung bedurften.

Hinzu kamen vermeidbare Stolpersteine der innerschulischen Organisation, wie unklare Zuständigkeiten oder fehlende Kommunikation bzw. Informationsweitergabe. Insbesondere vor dem Hintergrund der steigenden Interdisziplinarität an Schule sind klar abgesteckte Verantwortungsbereiche und eine sinnvolle Aufgabenverteilung unabdingbar, um Parallelstrukturen, ineffiziente oder redundante Arbeitsabläufe zu vermeiden. Wie wichtig klare Absprachen und sattelfeste Handlungsketten sind, zeigt sich nicht zuletzt bei der gemeinsamen Bearbeitung von Gewaltvorfällen, die an einigen Schulformen (s. auch [SenBJF-Studie Berliner Konflikt- und Gewaltbarometer 2026 \[1\]](#)) einen quantitativen und qualitativen Zuwachs verzeichneten. Beispielhaft war dies im Bereich der Cyber-Gewalt zu beobachten, die durch eine deutliche Verrohung in Form von abwertenden Ausdrucksweisen und einer enthemmten Kommunikation (z. B. in Klassenchats) gekennzeichnet war. Hier agierten die Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen oft federführend, um missbräuchliche Mediennutzung so gut wie möglich auch pädagogisch aufzuarbeiten.



Sämtliche in diesem Jahresbericht vorgestellten Praxiseinblicke stehen stellvertretend für die Fähigkeit der Jugendsozialarbeit im Landesprogramm, den Herausforderungen an Schule wirksam zu begegnen, Multiproblemlagen zu entschärfen und ihre Arbeit konsequent an den individuellen Ressourcen ihrer Zielgruppen auszurichten.

“

Trotz der erschwerten Rahmenbedingungen gelang es, die Angebote der Schulsozialarbeit verlässlich aufrechtzuerhalten und flexibel an die jeweiligen Bedarfe anzupassen. Die Herausforderungen wurden dabei zugleich als Anlass genutzt, bestehende Arbeitsstrukturen weiterzuentwickeln und die Rolle der Schulsozialarbeit als vermittelnde, stabilisierende und unterstützende Instanz im Schulalltag weiter zu stärken (G009; 01G32).

“

*Schülerinnen zeigten eine höhere Bereitschaft zur Mitgestaltung, übernahmen Verantwortung und entwickelten zunehmend soziale Kompetenzen sowie Konfliktlösungsstrategien. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Schulsozialarbeit im Berichtszeitraum zu einer spürbaren Stabilisierung schulischer Prozesse, zu einer Verbesserung der Kooperationsstrukturen sowie zu einer Stärkung von Prävention, Beteiligung und Qualität beigetragen hat. Die positiven Entwicklungen zeigen sich insbesondere in verlässlicher Zusammenarbeit, gestärkter Elternarbeit und einer zunehmenden Beteiligung der Schüler*innen am schulischen Leben (G188; 11G28).*

In der Zusammenschau der 836 Projektberichte zeigt sich, dass es den sozialpädagogischen Kolleginnen und Kollegen an den Programmschulen mehrheitlich gelungen ist, gemeinsame schulscharfe Zielvorhaben voranzubringen.

Als Teil eines multiprofessionellen, inner- sowie außerschulischen Unterstützungssystems schafften sie es nachweislich, entwicklungsförderliche Prozesse anzustoßen, Lösungen anzubieten und ihren Fokus immer wieder auf das Wohl der Kinder und Jugendlichen in Schulen zu richten.

Getragen von stabilen Rahmenbedingungen und gestützt durch die Qualitätsstandards des Landesprogramms konnten die präventiven und intervenierenden Angebote der Fachkräfte auch in 2025 mit hoher Zuverlässigkeit durchgeführt werden. Der Einbezug in das Startchancen-Programm zum Jahresende wird für das kommende Jahr an einem Teil der Programmschulen zu einer zusätzlichen personellen Verstärkung mit eigenen Schwerpunktzielen führen. Zu dieser weiteren Entwicklung und Ausgestaltung des Landesprogramms wird es im Jahresbericht 2026 ein gesondertes Kapitel geben.

Danke!

Abschließend ist an dieser Stelle den engagierten sozialpädagogischen Fachkräften, Lehrkräften und Erzieherinnen und Erziehern im Tridem an den Schulen für ihre verlässliche und enge Zusammenarbeit im Alltagsbetrieb zu danken, die die so wichtigen Unterstützungsstrukturen vor Ort für die Kinder und Jugendlichen gewährleisten.

Insbesondere wird dem Sozialpädagogischen Fortbildungsinstitut Berlin-Brandenburg (SFBB) unter kooperativer Einbindung des Berliner Landesinstituts für Qualifizierung und Qualitätsentwicklung an Schulen (BLiQ) gedankt, die das Landesprogramm durch die programminterne Fortbildung, Netzwerkförderung und wertvolle Expertise kontinuierlich stärken.



Erst dieses ineinandergreifende Zusammenspiel aller Beteiligten ermöglicht eine wirksame Begleitung der Schülerinnen und Schüler und sichert den nachhaltigen Erfolg der schulbezogenen Jugendsozialarbeit des Landesprogramms.

QUELENNACHWEISE

01 Vorwort:

[1] Das Startchancen-Programm fördert gezielt Schulen in herausfordernden Lagen, um den Bildungserfolg der Schülerinnen und Schüler von der sozialen Herkunft zu entkoppeln. In Berlin nehmen insgesamt 180 ausgewählte Schulen teil.

[2] An den jährlich stattfindenden Auswertungsgesprächen nehmen der Träger, die sozialpädagogische Fachkraft und die Schulleitung teil. Regelhaft eingeladen werden zu den Gesprächen die Programmagentur, das Jugendamt und die Schulaufsicht.

[3] Zur besseren Lesbarkeit des Jahresberichts werden im Folgenden die in der schulbezogenen Jugendsozialarbeit (§ 5b SchulG) tätigen Personen synonym als „sozialpädagogische Fachkräfte“, „Schulsozialarbeitende“, „Jugendsozialarbeitende“ oder nur als „Fachkräfte“ bezeichnet.

02 Daten und Fakten:

[1] 836 Projekte.

[2] Die Abkürzung IseF steht für „Insoweit erfahrene Fachkraft“.

03 Programmschwerpunkte:

[1] Die genannte Gesamtzahl weicht von der Gesamtzahl der Projekte im Programm ab, da hier nur die Sachberichte der Projekte beachtet wurden, die in 2023 besetzt waren und entsprechend Angaben zur Relevanz machen konnten.

04 Rechtsextremismus- und Radikalisierungsprävention

[1] Berliner Morgenpost in der Ausgabe vom 03.07.2025.

[2] Da es sich um nicht-standardisierte Fragen handelt, wurden die Antworten kategorisiert.

[3] Ein Meme [ausgesprochen: „Miem“] ist ein Bild, Kurzvideo oder Text, das sich im Internet/ über Social Media sehr schnell verbreiten kann.

[4] Aus der ZEIT Nr. 07/2026.

[5] Bei Nennung von (Beispiel)Projekten aus dem Landesprogramm ist zur besseren Nachverfolgung und Identifizierung stets in Klammern eingefügt die 4-stellige Projekt- und anschließend die 5-stellige Schulnummer: (Projekt-Nr.; Schul-Nr.).

05 Bildungs- und Erziehungspartnerschaft

[1] Vgl. Handreichung Schulabsentismus der Behörde für Schule und Berufsbildung, Hamburg.

[2] Beantragung des Berlin-Passes, des schulischen Mittagessens, Ausfüllen der Hortanträge, etc.

[3] EFB= Erziehungs- und Familienberatung, JA= Jugendamt, KJPD= Kinder- und Jugendpsychiatrischer Dienst.

QUELENNACHWEISE

07 Mediensucht

[1] Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest, 2024. Kindheit, Internet, Medien. Basisuntersuchung zum Medienumgang 6- bis 13-Jähriger (KIM-Studie), S. 4 f. Verfügbar unter: <https://mpfs.de/app/uploads/2025/05/KIM-Studie-2024.pdf>.

[2] Gesamte Nutzungszeit verschiedener digitaler Medien an einem durchschnittlichen Tag, verschiedene Medien überschneiden sich teilweise zeitlich.

[3] Naab, Thorsten (Deutsches Jugendinstitut e. V.), 2025. Forschungsperspektiven zu Mediennutzung, Medienbildung und Herausforderungen bei Kindern und Jugendlichen in Deutschland, S. 11 f. Verfügbar unter: https://www.dji.de/fileadmin/user_upload/bibs2025/DJI_Forschungsueberblick-Mediennutzung-Kinder-und-Jugendliche.pdf.

[4] vgl. Naab, 2025, S. 22.

[5] ebd., S. 27.

[6] https://mpfs.de/app/uploads/2026/07/JIMplus-2026_PDF.pdf https://mpfs.de/app/uploads/2026/07/JIMplus_2026_Infografik.pdf.

[7] vgl. Fachstelle für Suchtprävention Berlin unter <https://www.berlin-suchtpraevention.de/themen/medien/>.

08 Fazit

[1] Erhebung erfolgte zwischen November 2025 und Januar 2026.

KONTAKT

Stiftung SPI

Programmagentur „Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen“

Belforter Straße 20
10405 Berlin

Telefon: 030 2888496 0

Fax: 030 2888496 20

E-Mail: programmagentur@stiftung-spi.de

IMPRESSUM

Stiftung SPI

Sozialpädagogisches Institut Berlin »Walter May«. Gemeinnützige Stiftung des bürgerlichen Rechts, Sitz Berlin.

Vertretungsberechtigte

Stiftung SPI

Andrea Niemann (Direktorin/Vorstandsvorsitzende)

Seestraße 67
13347 Berlin

Telefon: 030 4597930

Fax: 030 45979366

E-Mail: info@stiftung-spi.de

Gestaltung: Rahel Mogwitz

Redaktion: Sarah Gonschorek, Anja Klossek, Rahel Mogwitz, Patricia Nitzsche, Bastian Schneider und Sabine Weigel



Zuständige Aufsichtsbehörde

Die Stiftung SPI ist anerkannt durch die Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz und unterliegt nach dem Berliner Stiftungsgesetz der Stiftungsaufsicht Berlins bei der Senatsverwaltung für Justiz und Verbraucherschutz.

Jugendsozialarbeit an Berliner Schulen

gefördert von:



umgesetzt von:

Stiftung SPI
Programmagentur Jugend-
sozialarbeit an Berliner Schulen

